



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

7. Sitzung vom 3. Mai 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.15 Uhr

Leitung: Stephan Appenzeller (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Bettina Wölnerhanssen

Verspätet:

Präsident:

Stephan Appenzeller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP begrüsst alle herzlich zur heutigen Einwohnerratsitzung an diesem schönen Maien-Abend. Ganz besonders begrüsst er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter, Linda Gerstner, die wie üblich das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, die weiteren Mitarbeitenden der Verwaltung und die beiden Vertreter der Medien.

Wie immer ruft er zu Beginn der Sitzung die Corona-Regeln in Erinnerung, auch wenn sie bereits alle kennen. Einmal mehr wird mit Masken getagt, dafür ohne Gäste. Die Anwesenden halten sich an die Abstandsregeln und teilen keine Tischmikrofone. Die zusätzlichen Tischmikrofone, die der Rat bewilligt hat, wurden letzte Woche nach Ablauf der Referendumsfrist bestellt und werden voraussichtlich bei der nächsten Sitzung zur Verfügung stehen. Die Ratsmitglieder ohne eigenes Tischmikrofon dürfen daher ein letztes Mal den Weg zum Rednerpult geniessen und das Mikrofon dort benutzen, welches danach jeweils desinfiziert wird.

Wie die letzten Sitzungen wird auch diese auf Tonband aufgenommen und die Aufnahme ist ab morgen auf der Webseite aufgeschaltet, damit alle, die im O-Ton mitbekommen möchten, was der Einwohnerrat verhandelt hat, dies auch tun können. Das Büro hat nach Konsultation der Fraktionen beschlossen, dass es die Regelung, die Sitzungen auf Tonband aufzunehmen, auch in Zukunft, wenn der Pandemie-Modus einmal vorbei ist, beibehalten möchte. Er erachtet dies als zusätzliche Dienstleistung für die politisch interessierten Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde. Es ist ein kleiner Aufwand. Das Büro hat diesen Vorschlag einstimmig gutgeheissen.

Entschuldigt ist Bettina Wölnerhanssen, Grüne. Es sind somit 39 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 20.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 50, Anfrage K. Müller, SP: Ein Badensee in unmittelbarer Nähe zu Binningen - was geschieht mit dem Allschwiler Weiher?

Nr. 51, Interfraktionelles Postulat: Unabhängiges Gutachten zur Verkehrssituation Blumenstrasse ist dringend

Nr. 52, Postulat P. Frauchiger, FDP: Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November

Nr. 53, Anfrage S. Keller, SVP: Neue Bodenmarkierungen am Neubadrain

Nr. 54, Interpellation B. Büschlen, Grüne: Zweiteilung der Gemeinde durch Trasse der BLT

Nr. 55, Dringliche Interpellation R. Büchelin, SP betreffend Postulat Südanflüge

Gemäss Geschäftsordnung dürfen Personen, die einen Vorstoss einreichen, dies kurz mündlich begründen. Diese Möglichkeit wird nur von Ralph Büchelin zur Begründung der Dringlichkeit seiner Interpellation wahrgenommen.

Ralph Büchelin, SP erläutert, das Postulat «Südanflüge» der SP wurde im September 2018 vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen. Die Forderung war, dass sich der Gemeinderat dafür einsetzt, dass erstens Südanflüge auf den Flughafen erst ab 10 Knoten und nicht bereits ab 5 Knoten, dies entspricht 9 km/h, erfolgen und zweitens max. 8 Prozent Südanflüge pro Jahr stattfinden. Bis heute wurde das Postulat noch nicht behandelt, daher hat der Votant die vorliegende Interpellation eingereicht. Der Grund für die Dringlichkeit ist folgender: Aktuell haben bis zu 25. April bereits 37,5 Prozent Südanflüge stattgefunden. Erlaubt wären im Jahresdurchschnitt 8 Prozent. Einerseits ist der Nordwind daran schuld. Es ist aber auch so, dass der EAP zunehmend geltende Anflugregeln missachtet. So wird teilweise bereits bei gar keinem oder ganz wenig Nordwind angefliegen. Dem muss Einhalt geboten werden. Natürlich hat der Flugverkehr corona-bedingt nachgelassen. Aber jetzt befindet er sich wieder im Aufwind, wie die Flugbewegungen an den Wochenenden zeigen, und er wird weiter zunehmen und damit auch

die lärmigen Südanflüge über Binningen. Der Gemeinderat soll jetzt handeln und das Thema in Angriff nehmen. Er dankt auch für die Beantwortung der Fragen der Interpellation.

ABSTIMMUNG

Der Präsident lässt über die Dringlichkeit der Interpellation abstimmen. Wird das Geschäft mit einer Zweidrittelmehrheit für dringlich erklärt, wird es am Schluss der heutigen Sitzung behandelt. Ansonsten wird es für eine der drei kommenden Sitzungen traktandiert.

Dinglichkeit: 26 JA / 9 NEIN / 2 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation von R. Büchelin, SP betreffend Postulat Südanflüge wird beschlossen.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP führt aus, damit werde das Geschäft als zusätzliches Traktandum am Schluss der Sitzung vor Diversa behandelt. Die beiden eingereichten Anfragen wurden vom Gemeinderat bereits schriftlich beantwortet. Die Antworten sind auch auf der Webseite unter der Rubrik Einwohnerrat aufgeschaltet. Das heisst, die Antworten werden am Schluss der Sitzung nicht mehr mündlich vorgelesen. Die restlichen Vorstösse werden, wie in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats vorgesehen, an einer der drei nächsten Sitzungen behandelt.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 22.03.2021	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.04.2021 Investition, Zonenmutation und Friedhofsbaulinie für Werkhofneubau Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	138/XII
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.03.2021 Bericht zum Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen Geschäftskreisführung: Barbara Jost	39
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.03.2021 Postulat B. Strondl, SP: Mehr überdachte Veloabstellplätze Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	112/XII
5. Antrag des Gemeinderats vom 13.04.2021 Postulat CVP/glp-Fraktion / Kreditantrag: Streetworkout-Anlage in Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	26

6.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.03.2021 Interfraktionelles Postulat: Spiesshöfli – Zukunft des Werkhofareals Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	34
7.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.04.2021 Postulat H. Steffen, SVP: Öffentlichkeitsarbeit und externe Beraterkosten Geschäftskreisführung: Mike Keller	43
	Dringliche Interpellation R. Büchelin, SP betreffend Postulat Südanflüge Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	55
8.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 22.03.2021

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 138/XII

Investition, Zonenmutation und Friedhofsbaulinie für Werkhofneubau

Präsident Stephan Appenzeller, SP wurde bereits im Vorfeld gebeten, bei diesem Geschäft etwas grosszügiger mit der Redezeitbeschränkung für die Fraktionssprechenden zu sein resp. diese von 5 auf 7 Minuten zu erhöhen. Nach Rücksprache mit dem Vizepräsidenten wird er die Redezeit für Fraktionssprechende auf 7 Minuten ausdehnen. Er fragt den Rat, ob das Eintreten auf das Geschäft bestritten ist. Das ist nicht der Fall.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Schwarb, Grüne findet, die Anwesenden haben eine sehr gute Vorlage erhalten. Eine derart gute Vorlage, wie man sie sich immer wünschen würde. Sie ist sehr ausführlich und umfassend. Das darin vorgeschlagene Projekt zeigt eine gute Architektur, der geplante Werkhof bettet sich gut in die Landschaft ein und auch Nachhaltigkeitsaspekte wurden gut berücksichtigt. Die Grüne-Fraktion war dem Standort gegenüber allerdings immer kritisch eingestellt. Zum einen wegen des angrenzenden Friedhofs, zum anderen wegen der Erreichbarkeit für FussgängerInnen und Vorfahrende. Sie mussten aber feststellen, dass die anderen Fraktionen die diesbezüglichen Vorbehalte zumindest nicht zur Kenntnis gebracht haben. Daher haben sie die Mehrheitsauffassung auch so akzeptiert. Mit der Vorlage waren die Grünen/EVP aber von den Gesamtkosten überrascht. Die veranschlagten Kosten von 13,7 Mio. Franken erachten sie als hoch. Auch wenn man es damit vergleicht, dass beim gemeinsamen Projekt mit Bottmingen der Binniger Anteil damals etwa 8 Mio. Franken betragen hat. Die Anlage erscheint der Fraktion zumindest auf Anhieb sehr gross und sie bedauert, dass dies wiederum zu einer zusätzlichen Versiegelung von Boden führt. Wie gesagt: Die Verkehrsanbindung wurde zwar geprüft, aber die Erreichbarkeit für Nicht-motorisierte beurteilt die Fraktion etwas kritisch. Insgesamt beurteilt sie das Projekt daher auch sehr kritisch. Einerseits wegen der Kosten, andererseits wegen der Grösse.

Die Grünen/EVP respektieren aber den abgelaufenen demokratischen Prozess – immerhin das Ergebnis einer Volksabstimmung und früherer Beschlüsse des Einwohnerrats – und können auch die Abklärungen des Gemeinderats nachvollziehen. Daher empfehlen sie, das Projekt von der BPK vertieft prüfen und auf Optimierungspotenzial untersuchen zu lassen. Dementsprechend beantragt die Fraktion die Überweisung in die BPK. Sie hat aber auch erfahren, dass die Idee besteht, das Geschäft zurückzuweisen. Hier möchten sie bereits vorab betonen, dass der Einwohnerrat damit seinen früheren Beschlüssen nicht mehr folgen würde. Die Grünen/EVP erachten es als wichtig und als Verantwortung des Einwohnerrats, dass er solche Geschäfte auch materiell behandelt und nicht nur zurückweist. Die Fraktion kann sich aber allenfalls vorstellen, das Geschäft heute auszustellen, um zusätzliche Abklärungen vorzunehmen, Z.B. ob man bzgl. der nicht zustande gekommenen Zusammenarbeit mit Bottmingen nochmals etwas erreichen kann. Ansonsten sehen die Grünen/EVP die Überweisung in die BPK vor.

Marc Schinzel, FDP teilt mit, die FDP werde den Anträgen des Gemeinderats nicht zustimmen. Sie beantragt einhellig Rückweisung an den Gemeinderat verbunden mit einem Auftrag, den der Votant noch erläutern wird. Die Fraktion wird auch keiner Überweisung in eine Kommission zustimmen, weil sie nicht nur Retuschen am Projekt möchte, sondern ein tiefgreifendes Umdenken fordert. Im Dezember 2018 wurde dem Parlament eine Studie mit Kosten von 8,6 Mio. Franken präsentiert mit einer Genauigkeit von +/- 30 Prozent. Zu dieser Studie hat der Gemeinderat im Februar 2019 ausgeführt, dass 5 Mio. Franken nochmals abgezogen werden können, denn das sei der Erlös für die bisherige Werkhofparzelle, die man verkaufen möchte. Hinzu kämen 1,6 Mio. Franken aus der Spezialfinanzierung, die man ebenfalls abziehen könne. Dies ergibt eine Restfinanzierungssumme von 2 Mio. Franken. Von 2 Mio. Franken kann man heute nur träumen. Jetzt kommt der Gemeinderat mit Kosten von 13,6 Mio. Franken. Das sind gegenüber der Studie 58 Prozent mehr, gegenüber der versprochenen Restfinanzierung ist man sieben Mal so hoch. Die FDP-Fraktion empfindet dieses Vorgehen vom rot-grün dominierten Gemeinderat als dreist und verantwortungslos. Sie kommen sich vor wie im falschen Film, wie wenn man in diesem Rat noch nie über knappe Finanzen, einen hohen Fremdmittelbedarf, Investitionen von 180 Mio. Franken und allenfalls nötig werdenden Steuererhöhungen gesprochen hätte.

Die Fraktion mahnt seit vielen Monaten an, sorgfältig und solide zu planen. Nun legt die zuständige Ressortleiterin der SP einen vergoldeten Werkhof vor, der selbst die schwammigste Kostenschätzung krass sprengt. Statt Zurückhaltung bei einem Bau, der eigentlich nur funktionieren muss, wird mit der ganz grossen Kelle angerührt. Von einer Aufgabepriorisierung, die die FDP in diesem Rahmen immer wieder eindringlich gefordert hat, ist überhaupt nichts zu spüren. Es wird immer nur oben drauf gepackt. Das Bauvolumen wurde gegenüber der Studie deutlich vergrössert. Seit November 2019, als der Rat das Geld für die Ausarbeitung des Vorprojekts Plus bewilligt hat, ist eine klare Aufgabepriorisierung noch viel dringlicher geworden. Nicht alle, aber viele Fraktionsmitglieder haben auch über die inakzeptablen Kosten hinaus grosse Vorbehalte gegenüber dem Standort beim Friedhof. Alle Anwesenden kennen die heiklen Punkte. Es handelt sich um ein ruhiges Wohnquartier im Bereich von zwei Kirchen, Kitas und Kindergarten vor Ort. Bruderholzrain, Bruderholzstrasse, Margarethenstrasse sind rege genutzte Strassen und Schulwege, über welche grosse Teile der Ostseite von Binningen erschlossen werden. Unten müssten die Werkhoffahrzeuge die grosse Talachse queren. Im öffentlichen Mitwirkungsverfahren stiess das Projekt auf viel Kritik. Darüber kann die FDP nicht hinweg sehen. Der heutige Werkhof ist eng. Es braucht sicher Anpassungen, um die künftige Funktionsfähigkeit und Betriebssicherheit zu gewährleisten. Aber der Werkhof hat momentan immerhin einen Standort und er funktioniert. Vielen Fraktionsmitgliedern bereitet es zudem Mühe, dass der Gemeinderat das Projekt Werkhof in einen zwingenden Zusammenhang mit der Arealentwicklung Spiesshöfli stellt. Sie wollen den Werkhof auch für sich beurteilen und nicht nur unter vermeintlichen Sachzwängen, die sich bei näherer Betrachtung als gegenstandslos erweisen, einem schlechten Projekt zustimmen.

Damit kommt der Redner zum Antrag der FDP. Die Fraktion möchte das Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen, verbunden mit dem Auftrag, mit der Gemeinde Bottmingen das Gespräch zu suchen, um zu prüfen, ob ein Werkhof für Binningen und Bottmingen realisierbar ist. Im Antrag haben sie den Standort Birkenweg erwähnt. Sie sind aber auch für weitere Standorte offen, wenn es dort an der Grenze gut passt. Dem Antrag liegen folgende Überlegungen zugrunde: Sowohl Binningen wie Bottmingen haben heute keine idealen Lösungen für ihre jeweiligen Werkhöfe. Die Fraktion erhielt aus unterschiedlichen Quellen aus Bottmingen ganz klare Signale, dass die Gemeinde durchaus Interesse daran hätte, eine Lösung mit Binningen erneut zu prüfen. Für eine solche Prüfung braucht es jetzt ein klares politisches Bekenntnis aus Binningen. Dieses kann der Einwohnerrat heute Abend geben, indem er dem Rückweisungsantrag der FDP zustimmt. Die Ablehnung des gemeinsamen Werkhofs 2011 in Binningen erfolgte bekanntlich unter speziellen Umständen. Es hat wesentlich hinein gespielt, dass grobe Verfahrensfehler begangen wurden und die Abstimmung daher wiederholt werden musste. Heute ist dies nicht mehr relevant. Generell ist es sinnvoll, bei funktionalen Betrieben wie Werkhöfen, gemeinsame, regionale Lösungen anzustreben. Die FDP steht solchen Lösungen wegen potenziell interessanten Synergien und Kosteneffizienz grundsätzlich positiv gegenüber. Sollte ein Werkhof an der Grenze zu Bott-

mingen realisiert werden, wäre es bspw. auch denkbar, dort die Erstellung einer ökologisch nachhaltigen Heizzentrale zu prüfen. Für diese suchen Bottmingen und Binningen bekanntlich auch noch einen Standort. Entgegen den Angaben des Gemeinderats wurde die Standortfrage nicht abschliessend geprüft. Für die FDP ist es unverständlich, wie man dem Einwohnerrat ein finanziell dermassen exzessives Projekt vorlegen kann, ohne vorher mit Bottmingen die Möglichkeit eines gemeinsamen Werkhofs an der Grenze nochmals ernsthaft zu prüfen. Sie beantragt eine Rückweisung an den Gemeinderat.

Barbara Fankhauser, SVP signalisiert, die FDP habe ihrer Fraktion, wie vermutet, schon viel vorweg genommen. Die SVP wird aufgrund folgender Punkte eine Rückweisung beantragen. Ihr stellen sich nämlich ungefähr die gleichen Fragen, die der Gemeinderat beantworten resp. bearbeiten muss. Zuerst zum Standort: Beim Werkhofneubau wird immer mehr Druck aufgesetzt. Er muss weg aus dem Wohngebiet an der Parkstrasse 29. Eine Sanierung ist laut Gemeinderat nicht möglich, wofür sie allerdings nie Belege gesehen hat. Es ist lediglich eine Aussage, dass dort alles teurer wird. Neu soll der Werkhof genau gegenüber einer Wohnzone gebaut werden und zwar neben dem Friedhof. Die Zufahrt ist eng und verkehrsberuhigt. Die Fraktion fragt sich, wie allenfalls zwei Lastwagen kreuzen sollen. Sie sorgt sich um die Sicherheit der Fussgänger, insbesondere auch der Kinder, und um die Sicherheit allfälliger Velofahrer auf dem Weg ins Sonnenbad. Die Votantin fragt sich, wie andächtig eine Abdankung sein kann, wenn daneben Glasflaschen entsorgt oder Mulden ausgetauscht werden. Und wie romantisch müssen sich erst Hochzeiten bei dieser Lärmbelästigung anfühlen. Für die SVP ist der Standort ein absolutes No-Go und pietätlos. Das Gebäude selbst beansprucht einen Teil des Wegs zum aktuellen Versammlungsplatz. Jetzt grün und mit Blumen wird das Gebäude künftig fast die Urnenwand streifen.

Die Rednerin kommt nochmals zum aktuellen Standort an der Parkstrasse 29 zurück. Diese Wohnzone soll beruhigt werden. Für ihre Fraktion ist dies reine Augenwischerei, denn gleichzeitig ist immer wieder von der Erschliessung des Spiesshöfli über genau diese Parzelle die Rede. Wo bleibt die Beruhigung, wenn die Parkstrasse zur Zufahrt und Durchgangsstrasse wird? Ganz grundsätzlich: Kann das Spiesshöfli nur gebaut werden, wenn der Werkhof einen neuen Standort hat? Gibt es einmal mehr keinen Plan B? Das Spiesshöfli wird immer wieder ganz gezielt in die Waagschale geworfen. Der Gemeinderat hält aber alle Informationen dazu unter Verschluss, was die ganze Angelegenheit zu einer Blackbox für alle nicht unmittelbar Involvierten macht. Ist es dem Gemeinderat wirklich ernst damit, den beiden Gebieten – an der Parkstrasse und beim Friedhof – Mehrverkehr, höhere Lärmbelastung, weniger Sicherheit und weiteres Zubetonieren zuzumuten? Kommen die Einwohner dieser beiden Gebiete damit nicht vom Regen in die Traufe? Die Gemeinde verfügt nicht über derart viel nutzbare Fläche, daher sollte man die nicht bebauten Flächen schützen. Verdichtung ist eine Sache. Vorhandene Grünflächen an der Peripherie wie beim Friedhof müssen aber aus Sicht der SVP erhalten bleiben. Will der Gemeinderat am Schluss eine zubetonierte 20 000 Einwohner-Gemeinde aus Binningen machen? Mehr Wohnraum bedeutet auch mehr Infrastruktur. Mehr Einwohner heisst mehr Schulraum, das kennen die Anwesenden bereits. Die Gemeinde hat ja anscheinend viel zu wenig Schulraum. Es werden mehr Sportplätze benötigt, mehr Kita-Plätze, mehr Verkehr, aber man bekommt dafür nicht gezwungenermassen auch mehr Steuereinnahmen.

Zur Finanzierung hat die Fraktion auch noch ein, zwei Anmerkungen. Die Finanzierung entspricht nicht den aktuell gültigen gesetzlichen Grundlagen, sondern rechnet bereits mit einer neu formulierten Schulden- resp. Defizitbremse. Der SVP stellt sich daher die Frage, ob der Gemeinderat hier nicht gegen geltendes Recht verstösst. Ist dies dem Gemeinderat bewusst oder gelten die Gesetze allenfalls nicht für den Gemeinderat? Die in der Vergangenheit prognostizierten Kosten explodieren. Einmal mehr wird klar, dass das Kostenbewusstsein absolut fehlt. Es macht den Anschein, dass für den Gemeinderat Steuereinnahmen wie dicke, fette Regentropfen vom Himmel fallen. Für die Fraktion ist klar, dass in Zukunft ein Kostendach zwingend sein muss. Sie fragt sich auch, wie eine lösungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat zum Wohl der Gemeinde möglich sein soll, wenn seitens Gemeinderat einfach immer wieder alles ausgeblendet wird, was, aus welchen Gründen auch immer, als störend empfunden wird. Wie überheblich ist es vom Gemeinderat, die in einem Mitwirkungsbericht

von den Anwohnern geäusserten Bedenken ebenso auszublenden wie die Kostenexplosion? Der Rückweisungsantrag der SVP umfasst folgende Punkte: Die Fraktion möchte die Beibehaltung des aktuellen Standorts ebenfalls prüfen lassen. Dies soll mit Zahlen belegt werden und zwar in zwei Varianten: Sanierung des aktuellen Werkhofs und Neubau, natürlich verbunden mit den Kosten für Ausweich-Liegenschaften während des Baus. Zweitens möchten sie, dass die Finanzierung unabhängig vom Standort nach geltendem Recht erfolgt. Dies ohne Steuererhöhung und unter Einhaltung eines Kostendachs von 8 Mio. Franken.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP möchte etwas zum Antrag der SVP anmerken. Er hat sich mit dem Verwaltungsleiter abgesprochen. Im zweiten Antrag der SVP wird gefordert, dass die Finanzierung nach geltendem Recht und ohne Steuererhöhung erfolgt. Der Passus «ohne Steuererhöhung» verletzt die Einheit der Materie. Man kann nicht im Rahmen eines Bauprojekts eine Bestimmung zur Änderung oder Beibehaltung des Steuerfusses erlassen. Die Höhe des Steuerfusses wird im Rahmen des Budgets beibehalten, erhöht oder gesenkt. Er bittet, dies aus dem Antrag wegzulassen, da es nicht zulässig ist. Der Rest ist in Ordnung.

Barbara Fankhauser, SVP ist damit einverstanden.

Thomas Hafner, CVP dankt dem Gemeinderat namens der CVP/glp-Fraktion für den vorliegenden Bericht. Der Bericht ist sehr umfangreich, reich dokumentiert und die Forderungen und besonderen Anliegen aus der Einwohnerratssitzung vom 4. November 2019 wurden alle berücksichtigt. Darin eingeschlossen sind auch hauptsächlich die zentralen Empfehlungen der Bau- und Planungskommission. Eigentlich ist es ein ganz gutes Projekt. Den Standort, dem die Fraktion bereits im Jahr 2019 zugestimmt hat, wird sie nicht mehr grundsätzlich in Frage stellen. Mit dem heute vorliegenden Projekt wäre die CVP/glp grundsätzlich zufrieden und könnte somit den vier Anträgen zustimmen. Der Votant betont, sie könnte, wenn die Kosten gegenüber den geschätzten Baukosten im Jahr 2019 nicht massiv überschritten worden wären. Die geschätzten Baukosten mit 8,6 Mio. Franken +/- 30 Prozent ergeben ein Kreditmaximum von 11,18 Mio. Franken. Der Gemeinderat präsentiert die heutigen, geschätzten Baukosten mit 13,67 Mio. Franken +/- 10 Prozent. Dies ergibt ein Kreditmaximum von gut 15 Mio. Franken. Der beantragte Kredit ist gegenüber der Planungsabsicht aus dem Jahr 2019 viel zu hoch. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion Rückweisung an den Gemeinderat zur Überarbeitung des Projekts.

Die Kostenbasis von 8,6 Mio. Franken +/- 30 Prozent wurde scheinbar einfach zu wenig als Richtschnur beachtet und einkalkuliert. Ihrem Eindruck nach fehlte hier ganz eindeutig ein kostenbewusster, haushalterischer Umgang mit den Gemeindefinanzen hinsichtlich der geplanten Absicht. Auch im Wissen um die zukünftigen Investitionen möchten sie nicht einfach jedem Kreditantrag, die sie in letzter Zeit eher als zu hoch empfinden, trotz einer Dringlichkeit gemäss den Ausführungen des Gemeinderats, immer wieder folgen. Das neue Schulhaus mit hohen Kosten ist für die CVP/glp immer noch das wichtigste Bauprojekt, welches sie als realisiert betrachten möchte. In Bezug auf die vielen angedachten Investitionen erachten sie es auch als wichtig, dass der Gemeinderat den Einwohnerratsmitgliedern zeitnah über die noch aktuellen Investitionen informiert, um eine Planungssicherheit zu erhalten. Die in der Immobilien-Strategie erhaltenen Auflistungen sind nicht mehr aktuell.

Die CVP war bereits im Jahr 2010/11 für den gemeinsamen Werkhof mit der Gemeinde Bottmingen. Die Partei bedauerte, dass das Projekt an der Birkenstrasse scheiterte. Die Bottminger wären mit dem Projekt einverstanden gewesen. Die Gesamtkosten wurden damals auf 13,1 Mio. Franken geschätzt, wobei der Anteil Binningens 8,1 Mio. Franken betrug. Die ehemaligen Projektverhinderer handelten damals unbedacht und täuschten das Binninger Volk, sodass der gemeinsame Werkhof zum Schluss nicht realisiert werden konnte. Heute wären beide Gemeinden froh, wenn der Werkhof bereits Tatsache wäre. Die CVP/glp-Fraktion weist die Anträge an den Gemeinderat zurück und fordert, dem Parlament ein neues Projekt mit tieferen Kosten vorzulegen. Sie ist der Meinung, dass nun die Fachpersonen der Bauverwaltung wie auch das Architekturbüro nochmals über die Bücher müssen und stellt folgende Anträ-

ge. Antrag 1: «Der Gemeinderat soll dem Auftrag entsprechend zeitnah einen überarbeiteten Planungsvorschlag mit einer korrigierten Kostenbasis vorlegen, der innerhalb des Zielbereichs von 8,6 Mio. Franken +/- 30 Prozent liegt, d.h. Maximum 11 Mio. Franken. Ziel: ca. Herbst 2021.» Antrag 2: «Der Gemeinderat soll das Gespräch mit Bottmingen erneut aufnehmen, um zu prüfen, ob eine neue, mögliche Zusammenarbeit für einen gemeinsamen Werkhof noch möglich und denkbar ist und den Einwohnerrat nach den Sommerferien über das Resultat mit Bottmingen informieren.».

Auf Rückfrage des Präsidenten bestätigt Thomas Hafner, dass es sich beim Antrag der CVP/glp-Fraktion de facto um einen Rückweisungsantrag handelt.

Ralph Büchelin, SP führt aus, nach Meinung der SP habe der Gemeinderat dem Einwohnerrat mit dem vorliegenden Projekt Plus ein gelungenes und gut durchdachtes Projekt für den Werkhof präsentiert. Vielen Dank dafür. Der Standort an der Margarethenstrasse ist sicher ein Kompromiss, aber ihrer Ansicht nach der bestmögliche. Das Projekt am Birkenweg wurde im März 2011 vom Volk abgelehnt. Der Redner weiss nicht mehr ganz genau, wie dies damals abgelaufen ist. Er hat sich das Gelände aber am Sonntag angeschaut. Alleine die Zufahrt durch die Wohnquartiere ist bereits ein riesiges Problem. Er weiss nicht, ob es möglich ist, aber man kann es ja abklären. Der aktuelle Standort an der Parkstrasse ist eindeutig zu klein. Auch eine Sanierung der baufälligen Gebäude würde daran nichts ändern. Der Votant war auch dort vor Ort und hat mit dem Chef gesprochen. Dieser meinte, sie wollen um Himmelswillen nicht mehr dortbleiben, sondern einen neuen Werkhof, in dem sie vernünftig arbeiten können, die Sicherheitsvorschriften eingehalten werden etc. Es würde auch Sinn machen – beim möglichen neuen Standort Margarethen ist ja der Friedhofbetrieb –, wenn man dort den Werkhof und die Gärtnerei zusammenführen würde. Die Kosten für den projektierten Neubau sind höher. Das ist auch für die SP ein Fragezeichen und müsste noch besprochen werden.

Der Votant erinnert daran, dass in der Einwohnerratssitzung vom 4. November 2019 alle Fraktionen der Investitionsausgabe von fast einer viertel Million Franken zugestimmt haben. Warum nun plötzlich dieser Stimmungswandel? Er ist der Ansicht, dann hätte man schon damals einen Punkt gesetzt und nicht abwarten und nun im Nachhinein damit kommen müssen. Soll nun eine viertel Million Franken in den Sand gesetzt werden? Dieses Vorgehen ist für seine Fraktion fragwürdig. Daher lehnt sie eine Rückweisung des Geschäfts ab. Die SP wäre bereit, das Geschäft in die BPK zu überweisen. Dort könnte man auch eine Abklärung über den Standort am Birkenweg mit dem Einbezug Bottmingens machen, wenn dies ein derart grosses Anliegen ist. Der Redner weist aber nochmals darauf hin, dass das Projekt in der Volksabstimmung 2011 abgelehnt wurde. Diesen Entscheid sollte man akzeptieren. Die SP-Fraktion erachtet daher eine Überweisung des Geschäfts in die BPK als sinnvoll.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte vorab klarstellen, dass sie sich als Teil eines Gesamtgemeinderats, als Kollegialbehörde verstehe. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat das Geschäft als Kollegialbehörde vorgelegt. Es ist nicht ihr persönliches Geschäft. Sie erlaubt sich, den Anwesenden eine Passage aus dem Bericht der BPK vom 20. Mai 2019 vorzulesen. Verfasser des Berichts ist Daniel Zimmermann von der FDP-Fraktion: «Mit der Arealentwicklung Spiesshöfli besteht im Kontext des Doppelspurausbaus auf der Tramlinie 10/17 mit dem Einbezug der heutigen Werkhofparzelle an der Parkstrasse 29 eine einmalige Gelegenheit, zusammen mit dem Kanton und einer privaten Landeigentümerin ein grösseres, zusammenhängendes Areal massgeschneidert zu planen und zu bebauen. Dies bedingt jedoch, dass der heutige Werkhof-Standort freigegeben wird und rechtzeitig zur Verfügung steht. Die BPK konnte sich im Gespräch mit der zuständigen Gemeinderätin davon überzeugen, dass die gemachten Überlegungen in der zeitlichen Koordination der beiden Geschäfte richtig sind. Für die Gemeinde Binningen bietet sich eine gute Gelegenheit, das raumplanerische Potential in den erwähnten Siedlungsgebieten zu entwickeln und mit interessierten Investoren zeitnah umzusetzen.».

Ebenfalls steht in diesem Bericht, «dass die Gemeinde Binningen in der Standortfrage für einen neuen Werkhof keinen Spielraum mehr hat und unter Berücksichtigung aller Kriterien, der Vorschlag des Ge-

meinderats – nämlich der Standort beim Friedhof – die beste Kompromisslösung darstellt. Die BPK stellt abschliessend fest, dass der Neubau eines Werkhofs am vorgeschlagenen Standort mit den formulierten Zielsetzungen sämtliche Bedürfnisse eines neuzeitlichen Werkhofbetriebes aufnimmt und man mit einem guten Projekt rechnen kann.» Dies waren Auszüge aus einem Bericht der BPK, dem alle Anwesenden zugestimmt haben. Der Bericht ist noch nicht einmal 2 Jahre alt und heute stellt der Einwohnerrat alles in Frage, was er damals selbst mit dem Bericht verabschiedet hat. Die zuständige Gemeinderätin fragt sich daher, wie nachhaltig das Wirken des Einwohnerrats ist.

Bei der Geschichte mit Bottmingen ist der Wunsch Vater des Gedankens. Vielmehr ist es nicht. Ihr hat der zuständige Gemeinderat erklärt, dass ein gemeinsamer Werkhof mit Binningen definitiv kein Thema mehr ist. Die Rednerin hat auch mit der Gemeindepräsidentin von Bottmingen gesprochen. Sie erwähnte, dass der Werkhof in Bottmingen weit hinten auf der Prioritätenliste steht, nach der Schulraumplanung und der Ortsraumplanung. Anfragen kann man immer, aber das Thema ist in Bottmingen definitiv nicht zuvorderst. Selbst wenn man gemeinsam etwas machen würde, der Standort Birkenweg ist, das wissen alle Anwesenden, bis mindestens 2025 mit Schulraumprovisorien blockiert. Wenn man so lange warten würde – immer unter der Voraussetzung, dass man das möchte –, dann ist die vor zwei Jahren noch viel gepriesene Arealentwicklung Spiesshöfli weg. Das Thema hat sich dann erledigt. Die Frage der SVP, warum ohne das Werkhofareal keine gute Arealentwicklung möglich ist, kann sie gerne beantworten. Der Kanton und die BLT planen heute zwangsläufig mit einer 5m breiten Erschliessungsstrasse neben der Bahn. Nur wenn die Erschliessung über die Werkhofparzelle möglich ist, kann man dort auf 3m zurückgehen und es bleibt ein vernünftiger Abschnitt, auf welchem man sinnvoll etwas bauen kann. Wenn es bei 5m bleibt – und das wird es, wenn die Erschliessung via Werkhof nicht sichergestellt werden kann –, dann ist der Streifen, der übrigbleibt, nicht sehr attraktiv für die Investoren und die BLT, um dort eine sinnvolle Überbauung zu erstellen. Das ist die Realität. Dies wurde der BPK damals schon erklärt. An dieser Realität hat sich bis heute nichts geändert.

Die Votantin kommt auf die interessante Berechnung der FDP zur Kostensteigerung zu sprechen. Dass die Kosten gestiegen sind, ist keine Diskussion. Das findet der Gemeinderat auch nicht gut, daher möchte er dies mit den Kommissionsmitgliedern in der BPK anschauen. Es wurde im Detail aufgezeigt, wie die Kostensteigerung begründet ist. Die Berechnung, welche die FDP angestellt hat, stimmt natürlich nicht. Es können nach wie vor 1,4 Mio. Franken aus der Abfallkasse entnommen werden, wie man es damals skizziert hat. Auch ein allfälliger Erlös der Werkhofparzelle, wenn sie denn verkauft oder im Baurecht zur Verfügung gestellt wird, kann eingerechnet werden. Aber bei den Kreditvorlagen ist die Gemeinde an das Bruttonprinzip gebunden. Was später an Einnahmen und Entlastungen reinkommt, darf nicht schon bei der Kreditvorlage abgezogen werden. Die Rechnung, wie sie angestellt wurde, ist daher unzulässig.

Bei der Standortfrage, das hat die Rednerin vorhin aus dem BPK-Bericht zitiert, hat man gemerkt, dass es der letzte sinnvoll mögliche ist. Gespräche mit den Anwohnenden wurden geführt. Natürlich sind sie nicht glücklich. Die Anwohnenden am Birkenweg wären es auch nicht, wenn der Werkhof dorthin käme. Da muss man sich keine Illusionen machen. Jede Gemeinde braucht irgendwo einen Werkhof und niemand möchte ihn nebenan. Die Anwohnenden an der Parkstrasse finden es auch nicht so toll. Aber die Befürchtungen bzgl. des Lärms sind unberechtigt. Die Mehrheit der Arbeit findet nicht auf dem Werkhof selbst, sondern auf den Gemeindestrassen draussen an den Anlagen statt. 80-90 Prozent der Arbeiten finden nicht im Werkhof selbst statt. Die Gemeinde hat mehrere Gespräche mit VertreterInnen der Kirche geführt, erst letzte Woche nochmals. Die Kirche ist nicht happy, aber sie kann mit dem Projekt leben. Es ist klar, dass man auf den Friedhof- und Kirchenbetrieb Rücksicht nehmen wird. Das wurde den Kirchenvertretern zugesagt. Sie sind einverstanden mit dem Projekt. Die Gemeinderätin ist überzeugt, einen besseren Standort findet man nicht resp. keinen besseren, bei dem die Gemeinde über das Land verfügt. Die Option Birkenweg ist unrealistisch, aber man kann Bottmingen gerne noch einmal anfragen und die Antwort auch schriftlich erhalten, wenn man sie denn schriftlich will. Sie hat genug Vertrauen zur Gemeindepräsidentin von Bottmingen, dass ihre Aussage der Votantin gegenüber korrekt ist.

Sie bittet die Ratsmitglieder, die Kosten zu überprüfen und das Geschäft dazu in die BPK zu überweisen. Dafür ist die BPK da. Beim Schulcampus Dorf macht sie dies auch. Sie macht einen guten Job und überprüft die Kosten. Das kann auch bei diesem Projekt gemacht werden. Wenn das Geschäft zurückgewiesen wird, hätte man eine viertel Million Franken an Planungskosten in den Sand gesetzt. Es gibt kein Budget für weitere Planungen. Der Gemeinderat müsste wieder mit einem Kredit in den Einwohnerrat kommen. Eine Überarbeitung bis im Herbst 2021 ist gut gemeint aber relativ unrealistisch. An dieser Stelle weist sie nochmals auf die zeitliche Abhängigkeit hin, die schon mehrfach festgestellt wurde und bei der auch die Bau- und Planungskommission gesagt hat, dass sie sinnvoll und richtig ist. Daher ihre eindringliche Bitte an die Ratsmitglieder, ihre Verantwortung wahrzunehmen, daran zu denken, was sie vor zwei Jahren entschieden haben und dass sie zum Ermöglichen und nicht zum Verhindern da sind. Wenn das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen wird, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass der ganze Rattenschwanz, der anschliessend folgen würde, verhindert wird. Bei einer Überweisung in die BPK kann Bottmingen trotzdem angefragt werden. Das ist kein Problem. Die zuständige Gemeinderätin bittet den Einwohnerrat, das Geschäft in die BPK zu überweisen, um dort gemeinsam mit dem Gemeinderat die Überprüfung der Kosten vorzunehmen, die den Einwohnerräten zu hoch erscheinen.

ABSTIMMUNG

Dem Präsidenten liegen insgesamt vier Anträge vor, davon sind drei Rückweisungsanträge. Dies sind Ordnungsanträge. Zudem liegt ein Antrag auf Überweisung in die BPK vor. Bevor die Beratung allenfalls weitergeführt wird, muss der Rat über die Rückweisungsanträge befinden. Die drei Rückweisungsanträge haben unterschiedliche Zusatzanträge. Es sind einerseits ein Antrag auf ein Kostendach von 8 Mio. Franken bei der SVP resp. auf ein Kostendach von 11 Mio. Franken bei der CVP. Es gibt den Zusatzantrag, mit Bottmingen Gespräche aufzunehmen in zwei unterschiedlichen Formulierungsvarianten von CVP und FDP und den Zusatzantrag, auch die Variante Parkstrasse zu prüfen. Der Präsident möchte zuerst über den Rückweisungsantrag als solches abstimmen lassen. Wenn dieser durchkommt, soll über die einzelnen Ergänzungsanträge der Fraktionen befunden werden.

Daniel Zimmermann, FDP möchte sich zu Wort melden, da er als BPK-Präsident angesprochen wurde.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP erklärt, in diesem Fall müsste der Rat darüber abstimmen, ob entgegen der Geschäftsordnung, die bei Ordnungsanträgen verlangt, dass über diese sofort befunden wird, nochmals eine Diskussionsrunde geöffnet wird. Das ist durchaus möglich. Er nimmt den Antrag als solches entgegen, die Rednerliste nochmals zu öffnen.

Nochmalige Öffnung der Rednerliste: 38 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 02)

://: Die Rednerliste wird nochmals geöffnet bevor über die Rückweisungsanträge abgestimmt wird.

WEITERFÜHRUNG GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP bedankt sich, dass er sich als angesprochener BPK-Präsident der letzten Amtsperiode noch zu den Informationen der zuständigen Gemeinderätin äussern darf. Er dankt ihr, dass sie als Vertreterin dieses Geschäfts den BPK-Bericht von 2019 vorliest. Die, die sich mit dem Geschäft befasst haben – und das war nicht nur der Präsident, sondern die gesamte BPK – haben 2019 ein umfangreiches Dossier erhalten, in welchem verschiedene Fragen gestellt waren, die der Gemeinderat als Vorschlag zitiert und erläutert hat. Eine Frage war, und das ist heute eine sehr zentrale, die Standortfrage des neuen Werkhofs. Die geschäftsführende Gemeinderätin gab bereits dazumal in der Diskussion mit der BPK zu Protokoll, dass das, was vorlag, das Machbare ist. Es wurden verschiedene Standorte diskutiert. Man konnte damals mit sehr vielen Untersuchungen befürwortend die Darlegung zeigen, dass es gute und schlechte Standorte gibt. Zu dieser Zeit standen noch andere Standorte zur Diskussion. Was nie diskutiert – und das scheint dem Votanten wichtig –, aber was gefragt wurde ist, wie es mit dem

aktuell diskutierten Standort am Birkenweg mit der Gemeinde Bottmingen aussieht. Bereits damals erhielt die BPK die Antwort, es sei kein Thema mehr, es stehe nicht zur Diskussion.

Nun sind zwei Jahre vergangen. Es liegt eine neue Vorlage vor und darin ist nicht nur die Standortfrage, die wurde nämlich gar nicht hinterfragt, sondern es hat sich auch die Preissituation verändert. Die BPK erwähnte 2019 in ihrem Bericht, dass der Kostenrahmen von 8,6 Mio. Franken +/- in einem einigermaßen vernünftigen Rahmen ist. Er möchte hierzu zitieren, dass der kombinierte Werkhof mit der Gemeinde Bottmingen 8,1 Mio. Franken gekostet hätte. Man hätte also eine leichte Preisdifferenz gehabt und für 8,6 Mio. Franken einen eigenen Standort erhalten. Unter dieser Prämisse kam das Projekt für die BPK natürlich relativ gut daher. Jetzt kommt ein neues Projekt mit 13,67 Mio. Franken ohne Kostendifferenzen +/- . Das ist doch relativ viel Geld, daher ist die Frage des Standorts auch nochmals ein Thema. Die BPK hat nie aufgrund dessen, was die Gemeinderätin vorgelesen hat, die Standortfrage in Frage gestellt. Wäre man 2019 zur Überzeugung gelangt, dass der Birkenweg gemeinsam mit Bottmingen noch eine Variante ist, hätte man dies durchaus machen können. Mit den Äusserungen von heute Abend ist es scheinbar immer noch kein Thema. Hier besteht eine Differenz zu den Informationen, die der FDP vorliegen. Sie sagt, sie habe Signale, Zeichen oder Aussagen, dass es dennoch möglich ist. Was will der Redner damit sagen? Man könnte dies nun abschliessend klären. Die Frage der gemeinsamen Projektentwicklung ist es seiner Ansicht nach wert, dass man das Geschäft nochmals an den Gemeinderat zurückgibt für eine saubere Abklärung. Wenn es nicht so ist, könnte der Gemeinderat die gleiche Vorlage in relativ kurzer Zeit nochmals bringen.

Beatrice Büschlen, Grüne war damals auch Mitglied der BPK. Die Kommission diskutierte intensiv. Auch die Standortfrage wurde intensiv diskutiert. Der Standort an der Parkstrasse wurde angeschaut und man stellte ganz klar fest, dass dort weder saniert noch weitergearbeitet werden kann. Auch beim Standort Margarethen haben den Grünen zwei, drei Sachen nicht so zugesagt, aber es ist der einzige Standort, der machbar ist. Für die Standortfrage Birkenweg reicht eine kurze Anfrage während oder kurz vor der Beratung in der BPK. Die Votantin sieht keine Dringlichkeit, das Geschäft wegen der Standortfrage Birkenweg nochmals auszusetzen. Zum Volumen und zur Kostenfrage: Sie ist an der Parkstrasse aufgewachsen, gleich neben dem Werkhof und hatte nie Lärmemissionen. Es wird auch jetzt nicht anders sein. Wenn man Angst hat, dass es Lärmemissionen gibt, wegen einer Deponie, Flaschen oder irgendwelchen Tontöpfen, die entsorgt werden, dann kann man die Frage einer Deponie grundsätzlich klären. Man könnte die Deponie z.B. wie in Basel Privaten überlassen. In Basel erhält man einen 5-Franken-Gutschein, um damit seinen Müll auf einer privaten Deponie entsorgen zu können. Das wäre machbar und würde z.B. das Volumen verkleinern. Aber auch diese Fragen sind sehr gut in einer BPK zu klären. Der Bericht der BPK ist der Rednerin geläufig. Sie hat keine Anhaltspunkte, dass irgendetwas nicht relativ gut in der BPK geklärt werden könnte. Für ihre Fraktion ist eine Rückweisung überhaupt kein Thema.

Thomas Hafner, CVP stellt klar, seine Fraktion habe den Standort nicht in Frage gestellt. Vor zwei Jahren wurden die Abklärungen in der BPK gemacht und man kam zum Schluss, dass es nicht der ideale Standort ist, aber der bestmögliche. Die CVP/glp ist nach wie vor dieser Meinung. Wenn nun aber die Option mit Bottmingen nochmals angefragt werden kann, warum sollte man die Anfrage dann nicht tätigen? Der Fraktion ist bewusst, dass die Chancen für diese gemeinsame Option nicht sehr gross sind. Es wäre ihr aber wichtig, dass die Frage öffentlich gestellt und mit Bottmingen geklärt wird. Wenn es nicht so wäre, kann sich die Fraktion den Werkhof wieder am geplanten Standort vorstellen. Was für sie aber nicht vom Tisch ist, sind die Kosten. Die Kosten sind massiv höher und das ist der Grund für ihren Rückweisungsantrag. Der Redner ist der Ansicht, dies sollte kein Problem sein. Wenn die Abklärungen mit Bottmingen erfolgt sind, kann der Gemeinderat das Projekt mit reduzierten Kosten wiederbringen. Wenn es halt nicht im September ist, dann soll er sich die Zeit nehmen und das Geschäft nochmals bringen.

Thomas Schwarb, Grüne kommt auf die Äusserung des ehemaligen BPK-Präsidenten zurück. Im Bericht der BPK steht auf Seite 2 fett «neuer Werkhof am gleichen Standort»: «Nach der Meinung der BPK hat

der Gemeinderat diese Variante aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen zurecht verworfen und die BPK konnte ebenfalls keine Vorteile mit einer nachhaltigen Nutzung erkennen: Die Anlage bleibt zonenfremd. Die Neunutzung des Areals mit Synergien zur Arealentwicklung Spiesshöfli entfällt. Die betriebliche Optimierung mit der Zusammenlegung von den Gemeindebetrieben entfällt. Das erforderliche Raumangebot für einen zeitgerechten Werkhofbetrieb ist auf der bestehenden Parzelle nicht möglich. Der Neubau wird durch Provisorien (Betrieb sicherstellen) viel teurer.». Da er damals nicht Mitglied der BPK war, kann er nicht beurteilen, ob die Gespräche stattgefunden haben. Als Leser des Berichts stellt er aber fest, die Überlegungen wurden gemacht. Der Standortentscheid war klar und der Einwohnerrat folgte dem einstimmig.

Christoph Daniel Maier, FDP äussert, es sei mehrmals angesprochen worden, dass ein Stimmungswandel stattgefunden habe, der unerklärlich sei. Ganz so unerklärlich ist der Stimmungswandel aber nicht. Es gab ein Mitwirkungsverfahren, in welchem zu diesem Standort überwiegend negative Rückmeldungen eingegangen sind. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind Vertreter der Binniger Bevölkerung und müssen auf solche Rückmeldungen selbstverständlich Rücksicht nehmen. Der Rat wäre schlecht beraten, wenn er ein überteuertes Projekt am falschen Standort vors Volk bringen würde. Das Projekt wäre zum Scheitern verurteilt. Dies ist der Grund für den Stimmungswandel. Das Parlament muss darauf achten, was die Bevölkerung sagt und sich entsprechend auch daran orientieren. Ein Werkhof beim Friedhof ist dem Binniger Volk nicht zu verkaufen.

Es gibt aber auch noch andere Gründe, aufgrund derer sich die Anwesenden nicht dazu verleiten lassen sollten, die Weiterverfolgung des Projekts zu einem Sachzwang zu machen. Die Arealentwicklung Spiesshöfli ist eine private Entwicklung und in der Prioritätenliste der Aufgaben der Gemeinde sicher weniger weit vorne als die ganzen Schulinvestitionen, die noch bevorstehen. Im Weiteren ist es, um der Gemeinderätin etwas zu kontern, ein grosser Unterschied, ob man von einem Kreditrahmen spricht, welcher selbstverständlich und allen Anwesenden bekannt nach dem Bruttoprinzip funktioniert. Aber dass bei der Finanzierung in der Vorlage plötzlich gar keine Rede mehr davon ist, wie man die Gegenfinanzierung machen will zeigt, dass man die Bedenken des Einwohnerrats nicht ernst nimmt. Es macht einen grossen Unterschied, ob man ein Projekt nochmals in der BPK aufnehmen will oder ob man als Einwohnerrat den Gemeinderat mit einem klaren politischen Auftrag beauftragt, nochmals den Kontakt mit der Nachbargemeinde aufzunehmen. Die FDP möchte, dass der Gemeinderat diesen politischen Auftrag heute wahrnimmt.

Luigi Jehle, SP führt aus, Kosten und Standort seien die Punkte, die man heute sehr oft gehört habe. Es ist auch verständlich, dass diese Punkte so oft erwähnt wurden. Er findet, ein Grossteil der Mehrkosten sei durch die Zusatzleistungen und Bestelländerungen begründet. Das ist den Unterlagen zu entnehmen, die die Ratsmitglieder erhalten haben. Das Bruttoprinzip bietet auch später noch Inhalt für eine günstigere Schlussrechnung. Wenn man das Geschäft nun zurückweist, hat der Einwohnerrat den Planungskredit bewilligt und das Geld danach zum Fenster rausgeschmissen. Das fände der Redner schade. Für ihn stellt sich beim Standort folgende Frage: Binningen ist primär Wohngemeinde. Wo hat es Platz für einen Werkhof, wie er eigentlich seit Jahren benötigt wird? Wie wäre die Mitwirkung wohl am Birkenweg ausgefallen oder wie wird sie ausfallen? Das macht es auch nicht einfacher. Irgendwohin muss der Werkhof. Das wünschen auch die Mitarbeitenden des Werkhofs. Die Zusammenarbeit mit Bottmingen ist natürlich attraktiv, aber bisher hat es nichts Fruchtbares gebracht. Die Diskussionen wurden schon vor der Sitzung geführt. Er hat sich den Standort Birkenweg auch angeschaut. Von den Eigentumsverhältnissen wird es auf jeden Fall eine schwierige Sache. Es wird auch länger dauern, falls dort überhaupt etwas zu Stande kommt. Die SP ist nicht dagegen, dass man sich diese Inhalte nochmals anschaut. Der Votant denkt jedoch, bei einer Rückweisung zum jetzigen Zeitpunkt hätte man Geld ausgegeben, ohne etwas davon zu haben. Die BPK wäre der richtige Weg.

Marc Schinzel, FDP teilt mit, es mache natürlich einen grossen Unterschied, ob man mit Bottmingen spricht, wenn man einen Rückweisungsauftrag an den Gemeinderat gibt und ob dann der Gemeinderat

mit dem Gemeinderat von Bottmingen redet. Er bezweifelt nicht, dass Gemeinderätin Caroline Rietschi mit gewissen Personen in Bottmingen gesprochen hat. Die Anwesenden können aber davon ausgehen, dass er dies auch getan hat. Er behauptet nicht einfach Sachen, die nicht den Fakten entsprechen. Es gibt eine gemeinsame FDP-Fraktion von Binningen und Bottmingen und man kann davon ausgehen, dass dort ein Austausch gepflegt wird. Der Redner hat aber auch noch andere Quellen. Daher bleibt er dabei, dass in Bottmingen durchaus ein Interesse besteht. Zum Planungskredit, dass hier Geld rausgeschmissen wurde, möchte er anmerken, dass der Planungskredit natürlich bewilligt wurde. Wenn man die Planung aber dermassen nicht einhält, wie dies hier passiert ist, kann nicht erwartet werden, dass die Fraktionen dem einfach zustimmen und ja und Amen sagen. Das scheint ihm offensichtlich. Er betont nochmals, der Standort Bottmingen wurde in der BPK nicht geprüft. Der Votant war damals selbst Mitglied der Kommission. Es wurde nicht geprüft. Es macht sehr wohl Sinn, dort nun nochmals genau hinzuschauen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Das muss getan werden. Jetzt ist der Moment, dies zu tun und der Gemeinderat muss es machen und nicht die BPK.

Roman Oberli, SVP legt dar, einerseits sei von der zuständigen Gemeinderätin erwähnt worden, dass die Kosten nicht verrechnet werden dürfen. Das wurde im Bericht, über welchen der Einwohnerrat am 4. November 2019 befunden hat, aber getan. Andererseits ist er überhaupt nicht der Meinung, dass das Geld für das Vorprojekt in den Sand gesetzt wurde. Der Einwohnerrat ging damals von einer viel niedrigeren Summe aus. Es gab ein Mitwirkungsverfahren, das sehr massiven Widerstand in der Bevölkerung ausgelöst hat. Das darf den Anwesenden als Volksvertreter nicht egal sein. Wenn das bei der linken Ratsseite so ist, dann muss dies die Bevölkerung zur Kenntnis nehmen. Seine Fraktion kann das nicht, deshalb ist eine Rückweisung aus ihrer Sicht zwingend.

Ralph Büchelin, SP führt aus, an jedem Standort gebe es Anwohnende. Birkenweg, Parkstrasse, Margarethen. Wenn man nun argumentiert, man würde die Bevölkerung am Standort Margarethen mit Lärm hintergehen, kann man entgegnen, dass auch an den anderen Standorten Leute wohnen. Was z.B. in Birsfelden möglich ist, wo der Werkhof seit eh und je neben dem Friedhof steht, das kann auch in Binningen möglich sein. Der Betrieb ist wie gesagt nicht lärmintensiv. Im neuen Bau findet das grösste Geschehen mit den Containern im Innenhof statt. Der Redner denkt, die Anwohnenden wären dort sehr gut vor dem Lärm geschützt. Irgendwo muss es gemacht werden. Es gibt halt nicht die Fläche. Man könnte sich ev. noch die Schutzmatten aneignen resp. diese erobern, aber das sind alles Fantastereien. Realistisch ist, dass der Werkhof an einem Ort gebaut werden muss. Der alte Standort ist nicht geeignet. Wer ihm das nicht glaubt, soll die Angestellten fragen.

Daniel Setz, FDP möchte auf den Sachzwang und die Dringlichkeit, welche im Zusammenhang mit dem Spiesshöfli immer erwähnt werden, eingehen. Er kann sich erinnern. Das Zweispurentram ist seit ca. 30 Jahre auf dem Tapet. Seither wird diskutiert und seither kommt der Doppelspurausbau. Heute ist man 30 Jahre später und er kommt immer noch, immer noch jetzt gleich in den nächsten paar Jahren. Er weiss, dass es noch Einsprachen auf Bundesebene gibt und kann sich gut vorstellen, dass es noch etwas länger dauern wird, als sich das alle Anwesenden denken, bis dort etwas vorangehen wird. Das Zweite ist: Er ist ebenfalls der Überzeugung, dass es nicht Aufgabe der BPK ist, mit Bottmingen zu sprechen. Der Einwohnerrat sollte diesen Auftrag mit einem starken Votum dem Gemeinderat geben, damit dieser Gemeinderat zu Gemeinderat die Optionen analysieren und schauen kann, ob vielleicht ein Zugang über die Gewerbezone in Bottmingen möglich ist. Es sprechen immer alle von einem Zugang über den Birkenweg. Vielleicht gibt es auch andere Lösungen. Es sind wieder einige Jahre ins Land gezogen und man kann das Projekt auch mit neuen Ideen und Vorstellungen angehen. Dann hätte man eine Lösung, die vielleicht deutlich besser wäre. Es wurden 0,25 Mio. Franken ausgegeben und man will ein 5 Mio. Franken teureres Projekt damit absegnen. Das steht in keinem Verhältnis. Er plädiert dafür, dass sich der Einwohnerrat dem annimmt und das Geschäft mit einem klaren Auftrag an den Gemeinderat zurückweist. Er soll mit Bottmingen sprechen und anschliessend zurückkommen. Dann wird man sehen, wo man steht. Wenn es eine gute Möglichkeit gibt, einen gemeinsamen Werkhof mit Bottmingen zu verfolgen, dann ist dies eine Chance, die man sich nicht entgehen lassen sollte.

Rahel Amacker, CVP äussert, die Standortfrage wurde oft gehört. Für ihre Fraktion war diese Frage nicht prioritär, sondern die Kostenfrage. Wenn die zuständige Gemeinderätin erklärt, man könne dies offiziell anfragen und trotzdem in die BPK überweisen, könnte ein Teil der Fraktion wahrscheinlich gut damit leben. Sie hat sich viel mehr gefragt, welches der richtige und effiziente Weg ist, die Kosten zu senken. Beim Gemeinderat oder bei der BPK? Die Rednerin wäre froh, wenn die zuständige Gemeinderätin dazu noch einige Worte sagen könnte. Wenn sie es richtig verstanden hat, ist sie der Überzeugung, dass dies bei der BPK besser angesiedelt wäre. Die Information würde ihr sehr helfen. Ihre Fraktion hat sich diese Frage gestellt und die Votantin kam bisher noch auf keinen grünen Zweig, wo dies besser geklärt werden kann.

Karin Müller, SP wäre total dafür, dass man die Kosten in der BPK nochmals anschaut und das Geschäft in die BPK überweist. Was sie aber absolut nicht versteht und auch nicht dafür ist, ist, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat den Auftrag gibt, dies mit Bottmingen nochmals anzuschauen. Es wurde vorhin davon gesprochen, dass der Einwohnerrat dafür da ist, den Wähler zu repräsentieren und seinen Willen. Es mag sein, dass es Widerstand im Quartier gibt, wie es ihn wahrscheinlich in jedem Quartier geben wird. Aber es gibt eine Abstimmung. Dort wurde ein gemeinsamer Werkhof mit Bottmingen verworfen. Es ist heute eigentlich egal, weshalb die Abstimmung so ausgefallen ist oder weshalb nicht. Es gibt eine Abstimmung und das Resultat liegt vor. Es ist genauso ein Wählerwille, der akzeptiert werden muss. Eine Überweisung in die BPK findet die Votantin ok, auch ein Telefonat mit Bottmingen, aber ein Auftrag an den Gemeinderat sicher nicht.

Simone Abt, SP möchte ebenfalls beim Umstand anhängen, dass der Volksentscheid gegen den Standort Birkenweg von Binningen ausgefallen ist und zwar von Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde. Sie wohnten wahrscheinlich nicht beim Friedhof oben, sondern es waren andere, die sich gegen dieses Projekt gestellt haben. Die Gemeinde Binningen hat mit ihrer Entscheidung eine Nachbargemeinde vor den Kopf gestossen. Einige Exponenten werden bestimmt leichter bereit sein zu vergessen, andere vielleicht weniger. Man kann nicht einfach davon ausgehen, dass ein Standort, eine Zufahrt oder irgendetwas zur Verfügung gestellt wird. Zum Faktor Mitwirkung merkt sie an, eine Mitwirkung am Birkenweg würde – und das steht den Anwesenden auch noch bevor – ganz bestimmt nicht besser ankommen wie beim Friedhof. Kurzum: Der Faktor, der jetzt noch bleibt und nach Ansicht der Rednerin glaubwürdig ist, sind die Kosten. Die Kosten erstaunen, die Kosten irritieren und stören. Das heisst, man wird über sie diskutieren können und müssen. Dafür war die BPK bisher das geeignete Gefäss. Es wird einem absolut nicht genommen, wenn man in der BPK am Diskutieren ist, parallel zu sondieren, ob mit Bottmingen irgendetwas machbar ist. Für den Fall der Fälle. Sie werden ihre Bevölkerung auch etwas kennen und sicher eine Aussage dazu machen können, welche Chancen so etwas bei ihnen noch hätte. Die Votantin fände es aber absolut fahrlässig, das Projekt nun zurückzuweisen, zu blockieren und nicht weiterzuverfolgen wegen dieser vagen Vorstellung, dass hier noch etwas möglich sein könnte. Sie würde einmal mehr das eine tun und das andere nicht lassen. In die BPK überweisen, die Weiterarbeit ermöglichen, die Kostenoptimierung ermöglichen und gleichzeitig so viel mit Bottmingen sondieren und diskutieren wie man will, denn reden darf man immer. In diesem Moment würde man Zeit sparen, würde es seriös angehen und etwas glaubwürdiger wirken, wie wenn man jetzt versucht, Signale zu senden, die eigentlich auch für einen guten Teil hier im Rat nicht ganz verständlich sind.

Daniel Zimmermann, FDP hat, wenn er dies so hört, den Eindruck, dass der Rat heute gar nicht in der Lage ist, das Geschäft abschliessend zu diskutieren und abzustimmen. Mit der neuen Situation, wo gegenseitige Informationen in Bezug auf die Standortfrage vorliegen – Die einen sagen, man habe geredet, es sei nicht möglich. Die anderen haben Signale, dass es möglich ist. –, scheint es ihm aus der Diskussion logisch und sinnvoll, und es gibt sehr viele Voten auch aus anderen Fraktionen, die der Redner durchaus nachvollziehen kann, dass man aus einem politischen Auftrag heraus dem Gemeinderat heute Abend die Möglichkeit und letztlich auch der zuständigen Gemeinderätin die Chance gibt, dies nochmals seriös mit der Gemeinde Bottmingen abschliessend zu klären. Letztlich kann der Gemeinderat relativ zeitnah mit der Antwort wieder in den Rat kommen. Dann schaut man weiter. Seiner Ansicht nach wäre dann

der richtige Zeitpunkt, aufgrund der Antwort zu überlegen und politisch zu entscheiden, wie es weitergehen soll. Es ist eine sehr zentrale Frage, die immer wieder gestellt wurde. Er bittet die Anwesenden daran zu denken, dass das Projekt vors Volk muss. Letztlich braucht es bei all diesen wichtigen, grossen Projekten eine gemeinsame politische Botschaft an die Bevölkerung. Wenn es bereits hier im Rat so viele Differenzen in der Diskussion gibt, wird man das Projekt nie in die Realisierung bringen. Aus Sicht der betrieblichen Sicherheit des Werkhofs läuft der Gemeinde die Zeit davon. Irgendwann muss man etwas machen. Die BPK hat schon 2019 festgestellt, wenn man anfängt zu sanieren und auszubessern, dann kommt es ein Vielfaches teurer. Man muss nicht über die 240 000 Franken Planungskosten reden, wenn man danach in einem Scherbenhaufen am Standort Parkstrasse irgendetwas hinbasteln muss. Der Votant plädiert dafür, die Chance zu packen, die Zeit zu nutzen und den Gemeinderat dies möglichst zeitnah abklären zu lassen. Das Geschäft kann noch in diesem Jahr, nach den Sommerferien, wieder in den Rat kommen. Dann kann sehr wohl nochmals neu diskutiert werden, was der richtige Weg ist.

Thomas Hafner, CVP muss gestehen, sein Vorredner habe ihn etwas überfahren. Er kann aber seinen Voten sehr gut zustimmen. Wenn es möglich ist, dass man diese Abklärungen macht, der Gemeinderat wieder in den Rat kommt und man dann weiterfährt, dann kann er sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklären. Was aber seiner Ansicht nach zum heutigen Zeitpunkt sicher falsch wäre, wäre eine Überweisung in die BPK, denn planen und Kosten bereinigen gehört in die Fachkompetenz von Planern und Architekten. Hier wäre die BPK sicher der falsche Ort. Aus diesem Grund ist er immer noch der Meinung, dass der Weg über den Gemeinderat der einzige ist, um das Projekt nochmals zu überarbeiten und zu redimensionieren. Wenn man aber so verbleiben kann, dass man diese Abklärung macht – dann wäre hier heute Stopp – und das Ganze auf nach der Abklärung vertagt, wäre dies für ihn denkbar. Aber sicher nicht entscheiden BPK oder Rückweisung.

Barbara Fankhauser, SVP ist fast schon platt. Es kommen plötzlich Aussagen wie: «Der Wählerwille von vor 10 Jahren ist jetzt für immer und ewig in Stein gemeisselt.». Dass sich in den letzten 10 Jahren möglicherweise etwas geändert hat, auch an der finanziellen Situation der verschiedenen Gemeinden, dass man hier einen neuen Anlauf nehmen kann, wird einfach ausgeblendet. Wo man doch sonst so gut darin ist, Sachen durchzuzwängen und sich wie kleine Kinder aufzuführen, indem man immer wieder die gleichen Sachen bringt. Die investierten 0,25 Mio. Franken sind ein Weltuntergang. Das wird Binningen ruinieren. Dass das Projekt so wie es heute daherkommt allerdings 13,7 Mio. anstatt 8,5 Mio. Franken kosten soll, wie eigentlich gewünscht, wird auch ausgeblendet. Die Votantin möchte daran erinnern, dass die Finanzierung, die dem Rat vorgelegt wurde, nach der neuen Defizitbremse ist, wie es so schön heisst. Diese ist noch nicht gültig. Man weiss noch nicht, ob sie durchkommen wird. Auch hier wäre man gut beraten, dies genau anzuschauen. Sie bittet darum, nicht immer zu sagen, der Werkhof müsse saniert und neu gemacht werden. Man soll doch einfach sagen, der Werkhof muss da weg, weil man einen Zugang zur Durchfahrtsstrasse für das neue Quartier möchte. Das wäre etwas ehrlicher. Dann wüssten auch die Anwohnenden der Parkstrasse, was auf sie zukommen wird. Ansonsten findet die Rednerin die Idee von Daniel Zimmermann gut, dass man diese beiden Sachen etwas auseinandernimmt.

Thomas Schwarb, Grüne erklärt, er habe im Eintretensvotum bereits angedeutet, dass die Grünen bereit wären, das Geschäft zurückzustellen. Zuerst wird der Rat über die Rückweisung beschliessen. Wenn die Rückweisung nicht beschlossen wird, würde seine Fraktion folgenden Antrag stellen: «1. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat abzuklären, ob und unter welchen Umständen eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde Bottmingen möglich wäre, um die Kosten für die Gemeinde Binningen erheblich zu reduzieren. Dabei sind auch die Auswirkungen auf der Zeitachse und mögliche Abhängigkeiten zu anderen Projekten aufzuzeigen. 2. Der Einwohnerrat beschliesst über das Geschäft Nr. 138/XII nach dem Vorliegen der Ergebnisse der Abklärungen.». Das Geschäft wäre in diesem Fall einfach ausgestellt.

Präsident Stephan Appenzeller, SP würde dies als weiteren Ordnungsantrag interpretieren. Nicht auf Rückweisung, sondern auf Ausstellung des Geschäfts. Also quasi auf Beendigung der heutigen Diskussi-

on zu diesem Zeitpunkt mit dem Unterantrag, den Gemeinderat zu beauftragen, mit Bottmingen Abklärungen vorzunehmen. Ist das richtig?

Thomas Schwarb, Grüne bestätigt, dass der Präsident den Antrag richtig verstanden hat.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erklärt bzgl. der Standortfrage, der Birkenweg sei im Jahr 2018/19 kein Thema gewesen, weil er kein Thema war. Der Standort wurde jetzt nicht nochmals überprüft, weil er immer noch kein Thema ist. Die Signale, die die FDP-Fraktion offenbar aus Bottmingen erhält, hat sie nicht erhalten. Im Gegenteil. Die Gemeindepräsidentin und der zuständige Gemeinderat haben es ihr gegenüber sogar explizit verneint. Sie hat es vorhin vielleicht zu wenig klar gesagt: Wenn es der Wunsch des Einwohnerrats ist, dass der Gemeinderat nochmals hoch offiziell mit dem Gemeinderat von Bottmingen spricht, dann macht sie das. Sie hat kein Problem damit. Das hat sie vorhin schon relativ deutlich gesagt. Ihr geht es darum, dass man das eine tut und das andere nicht lässt. Es geht darum, keine Zeit zu verlieren. Wenn die Rückmeldung aus Bottmingen so kommt, wie die zuständige Gemeinderätin dies aufgrund der Aussagen, die ihr gegenüber gemacht wurden, erwartet, dass man dann nicht unnötig Zeit verloren hat. Daher war es ihr Wunsch, das Geschäft in die BPK zu überweisen. Bis die BPK die erste Sitzung zu diesem Geschäft abhält, hätte der Gemeinderat diese Abklärung gemacht. Wenn jetzt aber der Antrag kommt, dass man das Geschäft ausstellt, bis die Abklärung vorliegt und dann beschliesst und dies mehrheitsfähig ist, kann sie damit grundsätzlich auch leben. Es geht darum, dass es ein Unterschied ist, ob man das Geschäft einfach zurückweist und sagt: «Jetzt macht mal.». So einfach wie es Daniel Zimmermann dargestellt hat, dass der Gemeinderat nach Vorliegen der Abklärung mit dem gleichen Geschäft wiederkommen kann, ist es nicht. Wenn der Gemeinderat dies tun würde, würde das Parlament bis zu einem gewissen Grad zu Recht sagen, ist denn die Botschaft vom letzten Mal nicht angekommen. Wenn der Gemeinderat mit dem Geschäft wiederkommen würde, würde der Rat eine Überarbeitung verlangen und die ist nicht so schnell machbar, wie sie vorhin erläutert hat. Für die Votantin geht es darum, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen.

In Bezug auf die Frage von Rahel Amacker, warum die BPK der richtige Ort ist, erklärt sie, es gehe mehrheitlich um politische Fragen, Würdigung und Verzichtplanung. Auf was will man allenfalls verzichten? Das sollte nicht der Gemeinderat machen, sondern die Volksvertreterinnen und Volksvertreter sollten hier ihren Teil dazu beitragen können und festlegen, was ihnen weniger wichtig ist und wo man Abstriche machen könnte. Wenn der Gemeinderat dies vorwegnimmt, kann es sein, dass er es in den Augen des Einwohnerrats vielleicht am falschen Ort tut. Daher ist es richtig, wenn dies der Rat macht, wie er es auch beim Schulcampus Dorf macht. Das ist der Grund, weshalb es dem Gemeinderat wichtig ist, dass die BPK dort ihren Teil mitredet. Die Rednerin erwähnt nochmals, dass ihr grundsätzlich eine Überweisung in die BPK am liebsten wäre mit gleichzeitigem Auftrag zur nochmaligen Klärung der Frage mit Bottmingen. Sie könnte aber auch mit dem Ausstellen des Geschäfts leben bis die Frage mit Bottmingen geklärt ist. Es geht letztlich darum, dass man nicht unnötig Zeit verliert. Das ist entscheidend. Die Arealentwicklung kann man in Frage stellen. Aber sie ist schon lange ein Thema und man hat ihr im Einwohnerrat auch schon einmal zugestimmt. Sie hat das Gefühl, dort habe sich nicht so viel geändert. Auch wenn der Doppelspurausbau schon vor 30 Jahren ein Thema war, zurzeit ist nur noch eine Einsprache hängig. Alle anderen sind erledigt. Geplant ist nach wie vor Bauzeit 2022-2024. Dann müsste der Werkhof bereit sein. Es gibt eine gewisse Abhängigkeit, wenn man dort etwas machen möchte.

Der Präsident sieht sehr viel Gesprächsbedarf zwischen den Fraktionen und schlägt ein Time-Out vor.

TIME-OUT

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP teilt mit, der Gemeinderat habe sich kurz beraten und stelle den Antrag, das Geschäft zu sistieren bis die Abklärung vorgenommen wurde.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP sieht keine weiteren Wortmeldungen. Ihm liegen zwei Arten von Rückweisungsanträgen vor. Der Antrag von Thomas Schwarb, das Geschäft auszustellen und dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, mit Bottmingen abzuklären, ob ein Interesse an einem gemeinsamen Projekt besteht. In die gleiche Richtung geht der Antrag des Gemeinderats. Auf der anderen Seite gibt es die Rückweisungsanträge der Fraktionen SVP, FDP und CVP/glp. Der Präsident möchte das weitere Vorgehen kurz erläutern. Gemäss Reglement werden zuerst Eventualabstimmungen zwischen zwei Varianten gemacht, die sich ausschliessen. Anschliessend wird darüber abgestimmt, ob man die obsiegende Variante denn auch möchte. Da die eine Schiene Richtung Rückweisung geht und die andere Richtung Aussetzen, ist darüber zuerst abzustimmen als Eventualabstimmung. Danach wird darüber abgestimmt, ob der Rat dem Obsiegenden folgt.

Christoph Daniel Maier, FDP bittet, nachdem nun neue Varianten vorliegen, um 5min Auszeit, um das Vorgehen fraktionsintern zu besprechen, bevor hier eine Zufallsabstimmung durchgeführt wird.

Thomas Hafner, CVP wäre froh, wenn der Präsident das Vorgehen nochmals wiederholen könnte. Welche beiden Anträge sollen zuerst gegenübergestellt werden? Als Folge soll der obsiegende Antrag nochmals etwas anderem gegenübergestellt werden. Das scheint ihm sehr wichtig.

Daniel Zimmermann, FDP hat eine Verständnisfrage. Es wurden diverse Anträge diskutiert. Nach der Pause hat der Gemeinderat beschlossen, das Geschäft zu sistieren und die Frage abzuklären. Nach seinem Dafürhalten sind all diese Anträge und Abstimmungen momentan gar nicht aktuell. Der Rat könnte nun einfach über den Vorschlag des Gemeinderats abstimmen und dann wäre das erledigt. Er würde dieses Vorgehen anregen.

Für den Präsidenten wäre dieses Vorgehen ebenfalls denkbar. Rein formal sind es verschiedene Anträge, die hierarchisch gleich anzusiedeln sind, nämlich auf der Ebene von Ordnungsanträgen. Es gibt Ordnungsanträge, die Richtung Sistierung gehen, und Ordnungsanträge, die Richtung Rückweisung gehen. Formal müssten diese einander gegenübergestellt werden. Es wurde aber nochmals um ein Time-Out gebeten. Er bittet die Fraktionspräsidien, ihm nach dem Time-Out eine Rückmeldung zu geben, damit er abschätzen kann, was ein effizientes Abstimmungsverfahren wäre.

TIME-OUT

Präsident Stephan Appenzeller, SP hat sich mit den Fraktionspräsidien besprochen und schlägt folgendes, gemeinsam abgemachtes Abstimmungsverfahren vor: Um es kurz zu halten, wird er über den Antrag des Gemeinderats abstimmen lassen, das Geschäft zu sistieren und gleichzeitig den Gemeinderat zu beauftragen, mit Bottmingen formell Kontakt aufzunehmen und abzuklären, ob und unter welchen Umständen eine Zusammenarbeit beim Werkhof möglich wäre, also bzgl. eines gemeinsamen Werkhofes. Er würde nicht weiter einschränken, ob dies am Birkenweg oder an einem anderen Standort ist. Dazu gab es unterschiedliche Voten. Es scheint ihm auch klar, die Zielsetzung sind Synergien und Kostensenkungen. Er verzichtet darauf, dies auszuformulieren, aber es wird protokolliert. Es ist Bestandteil des Auftrages. Sistieren heisst, dass man die Geschäftsbehandlung für heute hier unterbricht und wieder aufnimmt, wenn der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Ergebnisse der Abklärungen vorlegen kann. Er denkt, wenn es gut läuft, wird dies in der Juni-Sitzung möglich sein. Das hat die zuständige Gemeinderätin als Zielsetzung geäussert. Wenn es länger dauert, dann ist es halt nach den Sommerferien. Aber es dauert nicht jahrelang.

Sistierung der Beratung und Abklärungsauftrag: 38 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 03)

://: Die Behandlung des Geschäfts wird sistiert. Der Gemeinderat wird beauftragt, mit Bottmingen die Option eines gemeinsamen Werkhofs zu prüfen.

Traktandum 3

Nr. 39

Bericht zum Reglement zur Ausrichtung von Zusatzbeiträgen zu den Ergänzungsleistungen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Konrad Widmer, SVP dankt für den Bericht. Diesen nimmt die Fraktion natürlich zur Kenntnis. Gerne hätte sie aber noch ein paar Informationen mehr gehabt. Es wird nicht ganz klar, welche Kostenfolgen die Einführung dieses Reglements hatte. Sind sie positiv oder negativ? Zwischen den Zeilen kann man dies nicht herausfinden. Man weiss auch nicht, wie viele Personen Zusatzbeiträge erhalten und wie viel Geld zurückgefordert werden konnte. Es wird im Bericht darauf hingewiesen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Höhe der Taxe im Alters- und Pflegeheim und den Kostenfolgen gibt. Es steht auch, was die Position des Gemeinderats und was die Position des Stiftungsrats ist, aber nicht, wie dies weitergehen soll oder was der Gemeinderat dort plant. Ganz zum Schluss wird noch darauf hingewiesen, dass die Bewirtschaftung dieser Zusatzbeiträge ev. in die gemeinsame Fachstelle übertragen werden soll. Dies sei aber noch unklar. Den Redner würde interessieren, was der Gemeinderat in dieser Frage für besser halten würde. Vielleicht können die Anregungen der Fraktion ja in den nächsten Bericht aufgenommen werden. Dafür wäre er dem Gemeinderat jetzt schon dankbar.

Beatrice Büschlen, Grüne bedankt sich namens ihrer Fraktion für den informativen Bericht. Er ist noch nicht so aussagekräftig, dafür braucht es noch einige Jahresvergleiche. Daher sind die Grünen/EVP auf den nächsten Bericht gespannt, welcher vielleicht schon etwas mehr dazu sagen kann, wie die Synergien mit der Versorgungsregion Allschwil-Binningen-Schönenbuch dann aussehen werden. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bettina Benthous, SP möchte sich ihrer Vorrednerin anschliessen. Nach der langen Diskussion über den Werkhof hält sie sich kurz. Es wurde abgemacht, dass dem Einwohnerrat zwei Jahre nach Einführung des Reglements ein Zwischenbericht vorgelegt wird. Dieser liegt nun vor. Vielen Dank. Die Zusatzbeiträge werden ausgerichtet. Sie werden nun nicht mehr vom Finanzausgleich bezahlt, sondern von der Gemeinde. Wo Menschen sind und älter werden, gibt es Kosten. Ihrer Ansicht nach geht es nicht darum, hier noch zu sparen. Die SP dankt für den Bericht und nimmt ihn so zur Kenntnis. Sie freut sich auf den nächsten Bericht, wenn mehr Erfahrung vorhanden ist. Soweit sie es gehört hat, läuft es aber gut.

Felix Gerber, glp spricht dem Gemeinderat seinen Dank für den Bericht aus. Die Fraktion ist nicht ganz einverstanden mit der Aussage der SP. Sinn der Einführung der EL-Obergrenze war eine Kostensenkung im stationären Pflegebereich. Dies, indem die Gemeinde als Verhandlungspartnerin mit den Leistungserbringern einen direkten Anreiz hat, die Kosten zu dämpfen, da sie die Zusatzbeiträge selbst berappen muss. Sprich: Wenn man herausfinden oder beurteilen will, ob es ein Erfolg war, muss man schauen, ob das damals gesetzte Ziel erreicht wurde oder nicht. Konnten die Kosten gesenkt werden? Kosten können gesenkt werden, indem man die Taxen senkt oder indem man die ambulante Pflege gegenüber der stationären stärkt. Der Redner konnte dem Bericht entnehmen, dass die Kosten seit der Einführung von 233 Franken/Tag auf 216 Franken/Tag gesunken sind. Das ist sicher zu begrüßen. Wenn man es in einen

Kontext stellen will, dann befindet sich Binningen damit immer noch im obersten Viertel des Kantons Baselland. Baselland ist der zweit teuerste Kanton in der Schweiz nach Genf. Binningen ist damit ungefähr 46 Franken/Tag teurer als der durchschnittliche Platz in einem Heim in der Schweiz und auch ca. 26 Franken/Tag teurer wie der Preis in Basel-Stadt. Es steht nicht im Bericht, ob dies gerechtfertigt ist oder nicht. Das kann daher nicht beurteilt werden.

Ebenso wenig kann beurteilt werden, ob ein Wechsel oder eine Verschiebung hin zu ambulanter Pflege stattgefunden hat. Dafür würde es die Fraktion wie die SVP begrüßen, wenn mehr Informationen vorhanden wären. Wie viele Personen empfangen Leistungen? Wie viele Personen sind dies relativ zur gesamten Bevölkerung über 80 Jahren? Wie entwickeln sich parallel dazu die ambulanten Leistungen z.B. Spitex-Stunden, die innerhalb der Gemeinde geleistet werden? Die CVP/glp schliesst sich der Meinung an, dass es ein zu kurzer Betrachtungszeitraum war. Man ist in Binningen extrem hoch gestartet. Unter dem neuen System konnte mittlerweile eine kleine Reduktion der Taxen erreicht werden. Der Redner ist der Ansicht, man müsse abwarten, wie sich dies in den nächsten Jahren mit der neuen Versorgungsregion zeigen wird. Die Fraktion wartet gespannt auf den nächsten Bericht und möchte den Gemeinderat darin bestärken, seine Verantwortung in den Tarifverhandlungen weiterhin wahrzunehmen.

Claudia Fünfschilling, FDP erwähnt, auch die FDP verdanke den Bericht. Sie hofft, dass die Kostensteigerung, die aufgrund dieses Systems bei den Zusatzbeiträgen sichtbar ist, einmal gestoppt werden kann. Rückforderungen sind schwierig. Man kann nicht viel rückfordern. Es ist unerfreulich, dass dies angesichts des neuen EL-Gesetzes wahrscheinlich noch schwieriger wird. Es ist zu hoffen, dass die Übertragung an die Fachstelle, wenn diese sich mit neuen Prozessen und einer besseren Kommunikation darum kümmert, dazu führt, dass die Begrenzung, welche man oft nicht geltend machen konnte wegen den nachträglichen Kostengutsprachen, dass sich dies auch hier bemerkbar machen wird. Sie kann sich den Vorrednern anschliessen, dass ein nächster Bericht vielleicht noch etwas mehr Details, wie sie genannt wurden, beinhalten könnte. Das wäre sicher nützlich.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP gesteht, zwei Jahre Erfahrung mit dem neuen Reglement sind noch nicht viel. Es steht nochmals eine Entwicklung an, wenn die Gemeinde dann tatsächlich als Region handeln und die Leistungsvereinbarungen mit den APHs als Region und nicht mehr als Gemeinde abschliessen wird. Es ist sicher sinnvoll, das Wissen, welches dann in der Fachstelle ist, auch zu nutzen, um dort nochmals Entwicklungsschritte machen zu können. Die Kosten werden einerseits sehr wahrscheinlich schon dadurch stoppen oder etwas stagnieren, dass die Untergrenze nun bald erreicht ist. Es geht nicht jedes Jahr 10 Franken nach unten, sondern die Untergrenze ist bald erreicht. Die Gemeinde wird aber genauer budgetieren können. Andererseits kann nicht ganz genau abgeschätzt werden, wie sich die Situation mit den stationären Betten entwickeln wird. Wie viel der älteren Bevölkerung wird auf eine höhere Stufe von Pflege angewiesen sein? Das kann nicht genau abgeschätzt werden.

Auf einige der gestellten Fragen kann die zuständige Gemeinderätin Antworten geben und sie wird darum besorgt sein, dass der nächste Bericht mehr Details enthält. Was sie sicher sagen kann ist, dass der politische Wille für ambulant vorhanden ist. Das Ambulante wird sicher gestärkt. Es ist der politische Wille des Kantons mit dem neuen APG, aber auch der politische Wille der Region, die ambulanten Dienste zu stärken. Die ambulanten Stunden haben auch zugenommen. Man sieht eine Veränderung und merkt auch, dass die ältere Bevölkerung so lange wie möglich selbstbestimmt und zu Hause sein will. Es gibt einen Auftrag, sich dort als Region zu entwickeln. Die Votantin kann vielleicht noch etwas zu den Zahlen sagen. Es gab rund 160 Fälle mit Zusatzbeiträgen für Ergänzungsleistungen im Jahr 2020. Die Rückerstattungen sind, wie von Claudia Fünfschilling angesprochen, sehr schwierig. Personen, die Zusatzbeiträge und Ergänzungsleistungen erhalten, stehen finanziell nicht gut da. Es ist ganz selten, dass sich dort im Verlauf der Zeit plötzlich etwas ändert. Wenn, handelt es sich sicher nicht um Bargeld. Meistens ist es in Form einer Liegenschaft, die auch im Ausland sein könnte. Das sind manchmal sehr harte, sehr schwierige und komplexe Fälle. Im letzten Jahr wurden rund 25 000 Franken an Rückerstattungen generiert. Das ist nicht viel. Das ist so. Zudem kommt zuerst die EL. Die Zusatzbeiträge kommen

erst danach. Das ist gesetzlich so geregelt. Die Rednerin bedankt sich für die Kenntnisnahme und wird in drei Jahren einen ausführlicheren Bericht mit mehr Erfahrung vorlegen.

BESCHLUSS

://: Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Nr. 112/XII

Postulat B. Strondl, SP: Mehr überdachte Veloabstellplätze

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Erik Schellenberg, SP merkt an, das Postulat von B. Strondl: «Mehr überdachte Veloabstellplätze» wurde am 25. Februar 2019 an den Gemeinderat überwiesen. Darin wurde angefragt, die Veloabstellplätze an der Benkenstrasse und an weiteren Standorten zu überdachen. Bei der Bewilligung der Investitionsausgabe «Strassenkorrektur Benkenstrasse» wurde die Überdachung der Veloabstellplätze an der Benkenstrasse vom Einwohnerrat auf Antrag der FDP abgelehnt. Das Langsamverkehrskonzept der Gemeinde sieht vor, Veloparkplätze an wichtigen Umsteigestellen auf den Öffentlichen Verkehr zu überdachen. Einige sind bereits überdacht, z.B. Dorenbach, Oberdorf und Schloss. Nicht überdacht sind die Abstellplätze Bottmingermühle, Kronenplatz teilweise und Gemeindeverwaltung Curt Goetz-Strasse. Bundesrechtlich gibt es keine Vorschriften. Kantonal gibt es aber vom Umweltschutzgesetz die Anweisung, an entsprechenden Orten für gedeckte Veloabstellplätze zu sorgen. Die Kosten für die drei fehlenden Unterstände Bottmingermühle, Curt Goetz-Strasse und Kronenplatz kämen auf 65 000 Franken zu stehen. Der Bund würde Beiträge leisten, aber erst ab 2024. Das wäre zu spät. Bis zum 30. September können beim Pendlerfonds Basel-Stadt Anträge für Beiträge gestellt werden. Das werde offenbar gemacht. Dem Fazit des Konzepts Langsamverkehr kann entnommen werden, dass die fehlenden Veloüberdachungen realisiert werden. Die Fraktion kann dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung daher folgen.

Thomas Häfele, FDP dankt dem Gemeinderat namens der FDP für die Erfüllung des Postulats Strondl und den vorliegenden Bericht, der von einem Langsamverkehrskonzept Veloparking begleitet ist. Im Konzept Veloparking scheint sich auf Seite 3 ein Fehler eingeschlichen zu haben. Unter Abschnitt 2.2. steht im letzten Satz, dass an der Haltestelle Kronenplatz die Überdachungen fehlen. Das ist auch in der Tabelle auf Seite 4 entsprechend wiedergegeben. Dem Votanten scheint diese Aussage falsch. Es wird auch in der Mitte von Seite 4 bestätigt, wo steht, dass an der Tramhaltestelle Linie 2 eine überdachte Veloabstellanlage mit 20 Veloabstellplätzen vorhanden ist. Eine weitere Inkonsistenz besteht zwischen Bericht und Konzept. Im Bericht wird erwähnt, dass der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 26. August 2019 explizit beschlossen hat, dass es an der Benkenstrasse am Kronenplatz bei der 61er Haltestelle keine überdachten Veloabstellplätze geben soll. Dieser Entscheid wird im neuen Konzept ignoriert, denn es sollen dort nun doch 24 überdachte Veloabstellplätze zumindest geplant werden.

Weiter muss in Frage gestellt werden, ob es Aufgabe der Gemeinde ist, der Migros Gorenmatt neue, überdachte Veloparkplätze zu sponsern. Der angedachte Standort ist viel zu weit von der Haltestelle weg und dürfte wohl vorwiegend von Angestellten und Kunden der Geschäfte in den Liegenschaften 17 und 19 genutzt werden. Generell muss auch hinterfragt werden, ob die Kosten von 65 000 Franken für nur 42 überdachte Veloparkplätze angemessen sind. Mehr als 1500 Franken pro Veloparkplatz ist relativ teuer. In jedem Fall ist die Fraktion der Ansicht, dass alle möglichen Fördergelder genutzt werden sollen.

Das heisst, dass nicht nur der Pendlerfonds sondern auch das Agglomerationsprogramm Basel angezapft werden soll und dies in der zeitlichen Planung entsprechend berücksichtigt wird. Die FDP wird das Postulat als erledigt abschreiben, möchte aber betonen, dass dadurch weder das neue Langsamverkehrskonzept Veloparking zur Kenntnis genommen noch, dass ein Auftrag zu dessen Umsetzung erteilt wird.

Rahel Amacker, CVP bedankt sich namens ihrer Fraktion beim Gemeinderat für das Langsamverkehrskonzept Veloparking. In diesem konkreten Konzept wird übersichtlich aufgezeigt, wie viele Veloabstellanlagen in Binningen vorhanden sind, welche davon überdacht sind und wie potenzielle Erweiterungen realisiert werden könnten. Die CVP/glp erachtet es als wichtig, dass die Veloparkplätze in der Gemeinde qualitativ hochwertig sind und sich an geeigneten Standorten befinden, um so das umweltschonende Verkehrsmittel zu fördern. Solche Konzepte sowie regelmässiges Überprüfen der Veloabstellanlagen sind für dieses Ziel sicherlich nützlich. In diesem Sinn spricht sich die Fraktion dafür aus, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Roman Oberli, SVP nimmt vorne weg, dass die SVP das Postulat als erledigt abschreiben wird. Frau Gemeinderätin Rietschi hat vorhin gefragt, wie nachhaltig das Handeln des Einwohnerrats ist. Das fragt sich der Votant mittlerweile auch, aber nicht in Bezug auf das Handeln des Einwohnerrats sondern des Gemeinderats. Warum setzt sich der Gemeinderat über einen Einwohnerratsbeschluss hinweg, welcher explizit den Bau eines überdachten Veloparkplatzes in unmittelbarer Nähe des Kronenplatzes abgelehnt hat? Dass nun mit einer Zwängerei trotzdem ein überdachter Veloabstellplatz erstellt werden soll, einfach einige Meter weiter entfernt, erachtet der Redner als stossende Übergehung eines Parlamentsbeschlusses. Es wird wieder mit nicht greifenden Argumenten versucht, Steuergelder auszugeben. Denn das Argument, dass überdeckte Veloabstellplätze die Verkehrssicherheit erhöhen sollen, ist an den Haaren herbeigezogen. Wer sein Velo so lange stehen lässt, bis es anfängt zu rosten, dem ist es auch egal, ob der Platz überdacht ist oder nicht.

Damit aber noch nicht genug. Der Gemeinderat stützt seinen Bauwunsch auf § 18 Abs. 1 des Baselbieter Umweltschutzgesetzes. Dabei ignoriert er aber Abs. 2, in welchem steht: «Sie sorgen dafür, dass in der Nähe von dazu geeigneten Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel Parkplätze für das Park-and-ride-System erstellt werden.» Der Gemeinderat ignoriert den Absatz nicht nur. Nein, er will mit seiner autofeindlichen Ideologie wie bei jeder Gelegenheit wieder Parkplätze abbauen. Der Votant fasst zusammen: Das Langsamverkehrskonzept gehört schnellstens zurück an den Absender. Der Gemeinderat sollte insbesondere für die geplanten überdachten Veloabstellplätze beim Kronenplatz mit einer Kreditvorlage ins Parlament kommen und diesen Betrag nicht einfach im Globalbudget verstecken. Macht er dies trotzdem, ist es eine bewusste und gewollte Hinwegsetzung über den Willen des Einwohnerrats.

Andrea Schilling, Grüne äussert, an insgesamt sechs zentralen Stellen wurden Veloparkmöglichkeiten geschaffen, einige davon überdacht, was die Fraktion freudig zur Kenntnis genommen hat. Einzig die Frage 5 nach mehr öffentlichen Veloparkplätzen bleibt für sie noch offen. Das Langsamverkehrskonzept Veloparking kann man nicht als längerfristig gedachte Strategie bezeichnen. Dazu mangelt es an Ideen für die Strasse, die alle attraktiver gestaltet haben möchten. Die Hauptstrasse. Dort fehlt es an Veloparking-Möglichkeiten bspw. im Bereich der Arkaden oder der Margarethen Apotheke, wo man spielend Autoparkplätze zugunsten der Veloparkplätze auflösen könnte. So könnten VelofahrerInnen ihre Velos ebenso rechtens abstellen wie die AutofahrerInnen, um ihre Einkäufe zu tätigen und müssten sie nicht an irgendeine Säule, aufs Trottoir und vor allem nicht in den Weg stellen. Auch die Grüne/EVP-Fraktion wird der Abschreibung zustimmen. Sie beobachtet die Situation aber weiter.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte, da alle mit der Abschreibung einverstanden sind, nicht unnötig lang werden. Sie merkt jedoch an, dass der Einwohnerrat selbst widersprüchlich war, indem er das Postulat überwies und gleichzeitig bei der Sanierung Benkenstrasse die Überdachung gestrichen hat. Man kann sich fragen: Was geht vor? Was geht nach? Beim Projekt Benkenstrasse ging es auch darum, dass man den Kredit für die Sanierung etwas kürzen wollte. Mit der fast gleichzeitigen Überwei-

sung des Postulats sendet der Rat sogenannte gemischte Signale. Da überdachte Veloabstellplätze ein Bedürfnis sind, ist der Gemeinderat der Meinung, dass man dies am Kronenplatz trotzdem machen sollte. Im Übrigen ist der Betrag nicht im Globalbudget versteckt. Es wurde relativ klar ausgewiesen, dass es über das Globalbudget finanziert werden kann. Von einer versteckten Finanzierung kann nicht die Rede sein. Das Beispiel der Grünen/EVP mit der Hauptstrasse zeigt den Konflikt, den es gibt. Die Grünen und Linken würden dort wahrscheinlich gerne Parkplätze aufheben, den Bürgerlichen geht dies zu weit. Irgendwo dazwischen versucht der Gemeinderat Lösungen zu finden. Die Hauptstrasse ist ein Thema im Rahmen der Aufwertung. Dazu hat der Einwohnerrat ebenfalls ein Postulat überwiesen. In diesem Zusammenhang wird das Thema sicher noch angeschaut. Das ist ein Grund, weshalb es dieses Mal angenommen wurde. Zumal es nicht ganz einfach ist, dort ohne Eingriffe, die der anderen Seite weh tun, zu starten. Insofern bedankt sich die zuständige Gemeinderätin für die Abschreibung und die Kenntnisnahme. Dass es die FDP nicht zur Kenntnis nehmen will, hat sie ebenfalls zur Kenntnis genommen.

ABSTIMMUNG

Abschreibung: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP informiert, es sei bereits kurz vor 22 Uhr. Gemäss einer ungeschriebenen Regel werden nach 21.50 Uhr keine neuen Geschäfte mehr begonnen. Es liegt aber noch eine dringliche Interpellation vor, welche nun beantwortet werden soll.

Nr. 55

Dringliche Interpellation R. Büchelin, SP betreffend Postulat Südanflüge

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern die schriftlichen Antworten im Verlauf der Sitzung verteilt wurden. Er liest diese gerne vor. Vorbemerkung: Die 8%-Regelung bei Südanflügen ist als Durchschnitt übers Jahr festgelegt. Eine Berechnung über eine Quartalsfrist im Frühling allein, in welcher typischerweise starker Nordwind bzw. eine Bisenlage herrscht, lässt entgegen der Darstellung von Ralph Büchelin keine Extrapolation zu.

1. Warum wurde das Postulat Südanflüge bis heute noch nicht vom Gemeinderat behandelt?

Die Motion 90 vom 23.5.2018 wurde am 24.09.2018 in ein Postulat umgewandelt. Bereits bei der Antwort auf die Motion wurde ausführlich auf die getroffenen Massnahmen sowie den eingeschränkten Spielraum von Gemeindeverbund Flugverkehr und den Gemeinden, insbesondere bei der Knotenregelung, die nur im internationalen Gefüge beeinflusst werden kann, hingewiesen und mit umfangreichen Dokumenten belegt. Eine eigentliche Behandlung des Postulates bleibt an die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten gebunden.

2. Ist der Gemeinderat überhaupt gewillt, bezüglich der Südanflüge beim Flughafen EAP und den entsprechenden Behörden zu intervenieren?

Der Gemeinderat setzt sich weiterhin für den Schutz der Bevölkerung vor übermässigem Fluglärm ein und bringt die Anliegen in der Fluglärmkommission beider Basel, im Gemeindeverbund Flugverkehr und im Schutzverband kontinuierlich ein. Die jeweiligen Aktivitäten werden auf der Homepage der Gemein-

de Binningen unter der Rubrik Fluglärm publiziert. Die bisherigen Bemühungen zeigen jedoch keine befriedigenden Resultate.

Der Euroairport beabsichtigt aktuell zusätzliche Betriebseinschränkungen in den Nachtzeiten. Der Gemeinderat hat in der gemeinsamen Stellungnahme zum «ausgewogenen Ansatz» bei Nachtflügen am Flughafen Basel-Mulhouse Stellung genommen. Darin sind zwar die Knotenregelung und die Südanflüge nicht namentlich erwähnt, jedoch flossen nicht zuletzt die gesamten eingebrachten Forderungen von Gemeindeverbund Flugverkehr und Binningen bei der Bestandesaufnahme von Ende 2019 in diesen «ausgewogenen Ansatz» ein.

3. Wenn ja, was genau gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um die Forderungen des Postulats zu erfüllen?

Der Gemeinderat setzt sich weiterhin ein, den politischen Druck gegenüber dem Euroairport hochzuhalten und die gestellten Forderungen mit Nachdruck einzufordern. Der Euroairport ist jedoch bisher nicht gewillt, auf die Forderungen einzutreten. Unter anderem werden die Flugdaten für die Jahre 2019 und 2020 erst Mitte 2021 publiziert. Erst dann wissen wir, ob die Vereinbarungen in den vergangenen zwei Jahren eingehalten wurden. Gerne verweisen wir auch auf die aktuelle Anhörung zum Balanced Approach und die Stellungnahmen des Gemeindeverbunds Flugverkehr sowie des Schutzverbands, die im Mai publiziert werden.

Präsident Stephan Appenzeller, SP übergibt das Wort dem Interpellanten für eine kurze Stellungnahme, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder ob er, oder auch ein anderes Ratsmitglied, Diskussion wünscht.

Interpellant Ralph Büchelin, SP dankt dem Gemeinderat für die Vorlesung. Es ist das alte Lied. Im letzten Abschnitt steht: «Der Euroairport ist jedoch bisher nicht gewillt, auf die Forderungen einzutreten.» Dies scheint logisch, er will natürlich fliegen. Möglichst über unsere Köpfe und wir wollen Ruhe. Diese beiden Interessen stehen diametral auseinander. Die erwähnte Fluglärmkommission mag gut tönen, aber es ist eher eine Flugkommission, die sich eigentlich nicht gross für die Interessen der betroffenen Bevölkerung einsetzt. Mit böser Zunge gesagt, ist es eher eine Alibi-Institution. Der Schutzverband und der Gemeindeverbund sind ok, aber wahnsinnig viel passiert dort momentan auch nicht. Die zusätzlichen Betriebs-einschränkungen, die kommen sollen resp. die diskutiert werden, gelten für Starts ab 23 Uhr. Nur für Starts. Die Südländungen würden weiterhin bis Mitternacht erfolgen und auch ab 5 Uhr morgens. Das ist eigentlich der Punkt, der die Anwohnenden in Binningen und generell die Gemeinden im Süden des Flughafens stört. Dort würde sich überhaupt nichts ändern. Es ist teilweise ein gewisser Frust vorhanden. Der Votant findet, man müsse unbedingt weiterhin am Ball bleiben. Der Gemeinderat könnte auch einmal mit einer Delegation direkt beim EAP intervenieren oder bei den beiden Regierungen Basel-Stadt und Baselland. Binningen ist bspw. beim Finanzausgleich die grösste Gebergemeinde in Baselland.

Der Präsident weist darauf hin, dass eine kurze Stellungnahme des Interpellanten vorgesehen ist. Ansonsten muss Antrag auf Diskussion gestellt werden. Er stellt daher nochmals die Frage, ob der Interpellant mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden ist und ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Ralph Büchelin, SP würde gerne noch rasch seine Ausführungen bzgl. Gebergemeinde abschliessen. Binningen ist wie gesagt die grösste Gebergemeinde in Baselland. Er ist der Meinung, das Oberbaselbiet könnte auch einmal auf uns hören und sich auf unsere Seite schlagen. Mit der Antwort ist der Votant teilweise zufrieden und stellt Antrag auf Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 22 JA / 11 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt. Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Beatrice Büschlen, Grüne macht es kurz. Es hat sie entsetzt, dass die Flugdaten für das Jahr 2019/20 erst Mitte 2021 publiziert werden. Wenn Konzern ihre Rechenschaftsberichte so bringen würden, wüsste sie nicht, wie sich die Aktienkurse verhalten würde. Sie ist entsetzt, dass dies überhaupt möglich ist. Hier ist sie der Meinung, dass nicht nur der Gemeinderat und die Vertreter des Schutzverbands mehr insistieren sollten, sondern auch die anwesenden Landräte im Landrat und dort vehement. Damit zumindest die Daten rechtzeitig geliefert werden.

Felix Gerber, glp möchte die Diskussion zum Flughafen nicht abwürgen. Er wollte lediglich nachfragen, ob der Rat nicht noch über das nächste Traktandum bestimmen könnte. Aus seiner Sicht braucht es keine Diskussion, aber er scheint ihm ein unbestrittenes Vorhaben für die Bevölkerung in Zeiten der Pandemie. Daher wäre es gut, wenn man es möglichst rasch abhandeln könnte. Er möchte daher fragen, ob man zu diesem Geschäft noch eine Abstimmung machen könnte, allenfalls auch ohne Diskussion.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP fasst dies als Ordnungsantrag auf. Er versteht den Votanten so, dass er zum Traktandum Streetworkout-Anlage zurückkehren möchte. Wenn das Traktandum noch behandelt werden soll, kann man selbstverständlich nicht beschliessen, jegliche Diskussion darüber zu verweigern. Das wäre für ihn zutiefst undemokratisch. Er nimmt es als Ordnungsantrag entgegen, über welchen er auch sogleich abstimmen lässt.

ABSTIMMUNG

Behandlung Traktandum Streetworkout-Anlage: 35 JA / 2 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 06)

://: Das Traktandum «Postulat CVP/glp-Fraktion / Kreditantrag: Streetworkout-Anlage in Binningen» wird heute noch behandelt.

Der Präsident möchte vor der Behandlung des Traktandums «Streetworkout-Anlage» noch die Beratung des vorherigen Traktandums abschliessen. Gibt es noch Wortmeldungen?

Marc Schinzel, FDP findet den Punkt, den Beatrice Büschlen vorgebracht hat, wichtig. Er ist selbst Landratsmitglied. Es ist ein guter Punkt. Bei vielen Sachen muss man sagen, dass man selbst nicht viel tun kann. Alle Anwesenden wissen, wo das Problem liegt. Es ist in anderen Gremien auf anderen Ebenen. Aber hier könnte man vielleicht insistieren. Es scheint ihm ein wichtiger Punkt, dass man die Daten auch wirklich frühzeitig und rechtzeitig erhält. Dort denkt er, könnte man schon etwas Druck aufsetzen, dass die Leute vorwärts machen. Das ist für uns logischerweise eine wichtige Basis.

Traktandum 5

Nr. 26

Postulat CVP/glp-Fraktion / Kreditantrag: Streetworkout-Anlage in Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Hubert Steffen, SVP dankt dem Gemeinderat namens der SVP für den Bericht und den Kreditantrag. Die Fraktion vermisst beim Kreditantrag Offerten, welche den Kreditantrag von 60 000 Franken plausibilisieren könnten und sie fragt sich auch, ob überhaupt Sponsoren-Anfragen eingeholt wurden. Aufgrund der Antwort des zuständigen Gemeinderats geht die SVP aber davon aus, dass der Kreditantrag nicht voll beansprucht wird, da ja vom Sportamt/Swisslos ein Förderbeitrag von max. 25 Prozent der Investitionssumme in Aussicht gestellt wird.

Sirin Hauri, Grüne teilt mit, die Fraktion bedanke sich für die rasche Bearbeitung des Postulats und freue sich, wenn die Benutzung bald beobachtet werden kann. Die Grünen sind in diesem Sinn einverstanden.

Peter Frauchiger, FDP signalisiert, die FDP stehe einstimmig hinter der zeitnahen Realisierung dieser Anlage. Entsprechend empfiehlt sie, den beiden formellen Anträgen zuzustimmen. Vielleicht noch eine persönliche, nicht ganz ernst gemeinte Anmerkung: In Anlehnung an das Spiel ohne Grenzen regt der Votant an, man könnte zur Einweihung im Spätsommer im Parlament zumindest eine kleine aktive Gruppe pro Fraktion stellen und die Anlage mit der Bevölkerung begehen. Dann würde die Bevölkerung auch einmal sehen, dass das Parlament richtig gut zusammenarbeiten kann.

Der Präsident nimmt diese Idee gerne auf und wird sie seinem Nachfolger weitergeben, um sicherzustellen, dass es passiert. Gleichzeitig hofft er sehr, dass die Corona-Regeln das zu diesem Zeitpunkt auch zulassen werden. Zu den Corona-Regeln kommt er später noch in seinem Schlussvotum.

Felix Gerber, glp dankt allen, dass das Geschäft noch kurz behandelt werden kann. Er bedankt sich insbesondere beim zuständigen Gemeinderat für die schnelle Umsetzung und die aus sich der Fraktion guten Standortwahl. Die CVP/glp freut sich, dass die Politik hier ein Zeichen setzen kann, dass sie etwas tut und die Bevölkerung in diesen Zeiten zu sportlicher Betätigung kommt und hoffentlich Freude dabei haben wird.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP bedankt sich für die positiven Voten. Er möchte der SVP noch Antwort geben bzgl. ihrer Frage zum Thema Sponsoring. Es würde den Gemeinderat natürlich freuen, wenn die SVP noch ein paar Sponsoren bringen würde. Da hätte er nichts dagegen, sondern wäre sofort dabei. Es ist heute einfach etwas schwierig, für ein derartiges Projekt Sponsoren zu finden. Der dafür eingesetzte Betrag scheint dem Redner nicht überrissen. Wenn man die 25 Prozent, die die Gemeinde hofft zu erhalten, noch abzieht, – Es wurde abgeklärt. Die Unterstützung wurde in Aussicht gestellt, kann aber erst beantragt werden, wenn die Anlage auch wirklich erstellt ist. –, dann wäre man doch wesentlich unter 50 000 Franken. Das sollte es wert sein für die Jugend aber auch für die Älteren. Es wurde eine Anhörung mit einer Gruppe und einer Einzelperson durchgeführt. Das waren Jugendliche und junge Erwachsene, die bestätigt haben, dass eine solche Anlage nicht nur für die Jugendlichen ist. Gemäss ihren Erfahrungen, die sie auf den Anlagen in Allschwil oder Arlesheim gesammelt haben, die sie bisher benutzt haben, beträgt der Anteil der Jungen und jungen Erwachsenen etwa 75 Prozent. Der Rest ist ca. 50 bis 75 Jahre alt. Man sieht, das Bedürfnis ist da. Er dankt dem Rat für die Zustimmung.

ABSTIMMUNG

Genehmigung Kredit: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Abschreibung Postulat: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit über 60 000 Franken (+/- 10%, exkl. MWST) für die Realisierung einer Streetworkout-Anlage auf dem Gelände der Sportanlage Spiegelfeld.

://: 2. Das Postulat Nr. 26 vom 28.10.20 «Streetworkout-Anlage in Binningen» wird als erledigt abgeschrieben.

Traktanden 6 & 7

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 8

Diversa

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP wollte die Anwesenden kurz bzgl. des 1. Augusts informieren. Es wird etwas stattfinden. Ein Konzept wurde fix fertig vorbereitet basierend auf dem letztjährigen, etwas ausgebaut. Vor allem hinsichtlich des Sicherheitsaspekts wurden wesentliche Verbesserungen ins Konzept aufgenommen. Vor den Sommerferien wird es publiziert. Im Moment sieht es nicht schlecht aus, dass eine Feier durchgeführt werden kann, da momentan 1000 Personen zugelassen sind und in der Vergangenheit jeweils 300-500 Besuchende anwesend waren. Der Votant findet, es sei eine schöne Chance für die Bevölkerung, wieder einmal etwas zu erleben. Es wurde wirklich ein super Programm zusammengestellt, welches im Juni publiziert wird. Es gibt zudem eine Frist. Die Gemeinde hat sich bzgl. der Kosten abgesichert. Bis zum 15. Juni kann entschieden werden, ob die Feier durchgeführt wird oder nicht, falls der Bundesrat oder die Kantone aufgrund der Pandemie-Entwicklung wieder andere Vorschriften erlassen.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP dankt dem zuständigen Gemeinderat für die Information. Er drückt natürlich die Daumen, dass das, was der Bundesrat ab Juli in Aussicht gestellt hat, auch so beschlossen wird und man die Feier durchführen kann. Das ist ein Steilpass für seine Ankündigung. In der letzten Sitzung hat er die Anwesenden gebeten, sich zwei Termine für den Einwohnerratsausflug zu reservieren. Das Programm, welches der Redner vorgesehen hat, wird man Ende Juni definitiv nicht durchführen können. Dort, wo er hin möchte, wird man zu diesem Zeitpunkt eine derart grosse Gruppe noch nicht empfangen. Daher dürfen die Ratsmitglieder den Juni-Termin gerne wieder aus ihren Agenden streichen. Sie werden aber gebeten, sich den Ausweichtermin am 28. August weiterhin vorzumerken. Der Votant wird sich allenfalls einen Plan B überlegen, falls das vorgesehene Programm auch dann nicht durchführbar sein sollte.

Die nächste Sitzung findet am 31. Mai 2021 statt. Bis dahin wünscht der Präsident allen alles Gute und schliesst die Sitzung um 22.15 Uhr.

